

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion und Verwaltung: Drag 11, Tel. Janala 15 • Kreibitz: 20705, 31400 • (Nachdruck): 20707 • Dr. Schmidt: 57548

11. Jahrgang.

Mittwoch, 28. Oktober 1931

Nr. 251.

Die Schweizer Wahlen.

Sozialdemokraten gewinnen zwei Mandate.

Bern, 27. Oktober. Das endgültige Ergebnis der Schweizerischen Wahlen steht nunmehr fest. Darnach erhalten: Die Freisinnigen 52 Sitze (58), Katholisch-konservative Volkspartei 44 (46), Sozialdemokraten 49 (50), Bauern-, Bürger- und Gewerkepartei 30 (31), Liberale Demokraten 6 (6), Kommunisten 3 (2), Sozialpolitische Gruppe 2 (3), Evangelische Volkspartei 1 (1), Genfer Wirtschaftspartei 0 (1). Insgesamt 187 (bisher 198) Sitze.

Mit Rücksicht auf die herabgeminderte Mandatszahl hätten die Sozialdemokraten nur 47 Mandate besetzen müssen, um ihre bisherige Stärke zu bewahren; sie gewinnen zwei Mandate.

Gleichzeitig fanden auch in 12 von 25 Kantonen und Halbkantonen Ständeratswahlen statt. Das Ergebnis bringt keine Veränderung der parteipolitischen Verhältnisse. Nur in Gené wurde an Stelle des Vertreters der Genfer Wirtschaftspartei ein Sozialdemokrat gewählt. Der Ständerat setzt sich nunmehr zusammen: aus 19 Freisinnigen, 18 katholisch-konservativen Volksparteilern, zwei Sozialdemokraten, drei Bauern-, Bürger- und Gewerkeparteilern, einem liberalen Demokraten und einem Mitglied der sozialpolitischen Gruppe; insgesamt 44 Mandate.

Wahlerfolge der französischen Sozialisten

auch in der Stichwahl.

Die Departements- und Arrondissements- (Kreis- und Bezirks-)Wahlen in Frankreich haben der sozialdemokratischen Partei entgegen den falschen Meldungen der bürgerlichen Presse einen sehr schönen Erfolg gebracht. Die Partei konnte bereits im ersten Wahlgang ihre Mandatszahl beträchtlich erhöhen. Es hatten insgesamt rund 500 Sozialisten kandidiert, von denen im ersten Wahlgang 118 gewählt wurden. 17 Mandate waren der Gewinn. Das Wahlergebnis ist der Partei auch bei der Stichwahl am vergangenen Sonntag treu geblieben. Die Stichwahlen haben schon nach dem ersten Ergebnis — noch sind nicht alle bekannt — die Wahl von 50 Sozialisten gebracht, von denen 22 einen reinen Gewinn darstellen. Es dürfte das Gesamtergebnis der Kreiswahlen einen sozialistischen Zuwachs um rund 50 Prozent des bisherigen Bestandes bringen, obwohl sich in zahlreichen Wahlkreisen die Radikalen mit der Reaktion vereinigt haben, um die Sozialisten zu schlagen. Das Wahlergebnis entspricht den höchsten Erwartungen unserer Genossen und bedeutet ein sehr günstiges Vorzeichen für die im nächsten Frühjahr stattfindenden Parlamentswahlen in Frankreich.

China schlägt ein Schiedsgericht vor.

Gené, 27. Oktober. Das Völkerbundsekretariat veröffentlicht heute eine Note der chinesischen Regierung, worin diese sich bereit erklärt, gemäß Artikel 13 des Völkerbundpaktes alle Streitigkeiten mit Japan über die Auslegung und Anwendung von Verträgen der Schiedsgerichtsbarkeit oder einem gerichtlichen Verfahren beim internationalen Gerichtshof zu unterbreiten. Ferner erklärt China seine Bereitwilligkeit, mit Japan einen Schiedsvertrag abzuschließen.

Weitere Hausdurchsuchungen bei Berliner Kommunisten.

Berlin, 27. Oktober. (Eigenbericht.) Im Zusammenhang mit dem Fund von zweieinhalb Zentnern Sprengstoff bei einem kommunistischen Funktionär hat die politische Polizei an etwa hundert Stellen bei anderen Funktionären der KPD Hausdurchsuchungen vorgenommen. Auch vier kommunistische Reichstagsabgeordnete wurden hiedon betroffen. Weitere Sprengstoffe wurden nicht gefunden, aber die Polizei will weiteres Material aufgespürt haben, das jetzt noch genauer durchsucht werden soll.

England hat gewählt:

Der große Kampf zwischen dem nationalen Humbug und der Vernunft

England, das der heiligen Sabbatrube der Engländer wegen niemals an Sonntagen wählt, hat am 27. Oktober sein Votum abgegeben. Es war von allem Anfang voranzusehen, daß die Entscheidung zugunsten der „nationalen Regierung“ fallen würde, die ja die Konservativen, den größten Teil der Liberalen und einen kleinen Teil der Labourparty für sich hatte. Durch die Ausschaltung von Dreierwahlen, bei denen der Arbeiterkandidat die größte Chance hat, hat die nationale Front sich von vornherein einige hundert mühelose Siege gesichert. Was am Ausgang des Wahlkampfes noch interessieren konnte, das war nicht die Entscheidung über das Geschick der nationalen Regierung, sondern gewisse Einzelresultate, vor allem im Kampfe der Labourparty gegen die Renegaten. Die Position der Arbeiterpartei wurde dabei durch die Tschechoslowaken der Kommunisten erschwert, die sich alle Mühe gaben, der Reaktion zu einem möglichst großen Siege zu verhelfen.

Der Wahlkampf stand in England diesmal im Zeichen der albertinen Schlagworte. Die Wahlen können am ehesten mit den berühmten deutschen Vortantwahlen von 1907 oder mit den englischen Kathi-Wahlen von 1918 verglichen werden: eine wirkliche Auseinandersetzung kam gar nicht auf, da die Presse und alle öffentlichen Funktionäre, der Prinz von Wales voran, sich in Versuchen der Bladmacherei der Wähler überboten. Für England konnte diesmal gar nichts anderes als eben ein Parlament des nationalen Humbugs herauskommen. In den nächsten Wochen wird sich bald zeigen, wie weit man mit dem Schwindel praktisch gelangen kann. Die Regierung hat kein Programm und sie wird keines finden. Sie wird eine Weile fortwurzeln und dann abtreten müssen. Die nächsten Wahlen erst werden eine Gelegenheit zu wirklicher Auseinandersetzung sein. Ist die Welle des nationalen Schwindels veranfaßt, dann hat auch die Arbeiterpartei wieder Ausichten, mit ihrem sozialistischen Programm zu wirken.

Außerordentlich hohe Wahlbeteiligung.

London, 27. Oktober. (M.) In den frühen Morgenstunden waren die Wähler an der Ausübung ihrer Wahlpflicht durch den dichten Nebel, der über London und dem größten Teile des Inselreiches lagerte, einigermaßen behindert. Trotzdem konnte man aber beobachten, daß die Wahlen diesmal einem ungewöhnlichen Interesse begegnen, so daß man eine außerordentlich hohe Wahlbeteiligungssiffer voraussetzt. Die Wahlverzeichnisse weisen etwa 30 Millionen Wahlberechtigte auf, die 548 Abgeordnete ins Unterhaus zu wählen haben, während 68 Abgeordnete, da sie keine Gegenkandidaten haben, als gewählt zu betrachten sind. Um diese 548 Sitze bewerben sich 1219 Kandidaten.

Große Menschenmassen sind trotz des dichten Nebels vor den Zeitungen angeammelt, wo die Ergebnisse durch Lautsprecher oder Scheinwerfer bekannt gegeben werden. Die Lichtspieltheater sind bis auf den letzten Platz gefüllt.

Da die Ergebnisse aus 215 Wahlkreisen noch in den ersten Morgenstunden bekannt werden, so wird einschließlich der bereits ohne Gegenkandidaten gewählten Abgeordneten etwa die Hälfte der Gewählten bekannt sein.

Henderon unterlegen.

Der frühere Staatssekretär des Neuheeren Abg. Henderon, der Führer der oppositionellen Arbeiterpartei, ist in Durndley unterlegen. Er erhielt nur 26.917 Stimmen gegenüber dem Vertreter der Nationalregierung, der 35.126 bekam. Sein Gegner war der Konteradmiral Campbell.

Außer Henderon sind weitere vier ehemalige Minister der Arbeiterpartei geschlagen worden.

Das österreichische Budget

Um 287,4 Millionen Schilling gekürzt.

Wien, 27. Oktober. Das Finanzministerium hat die Erläuterungen zum Budgetentwurf pro 1932 veröffentlicht. Am Personalaufwand werden gegen 1931 87,4 Millionen Schilling im Sachaufwand 200 Millionen Schilling weniger eingestellt. Die Ertragssteile der Länder im Budget 1932 erfahren eine erhebliche Minderung, im Jahre 1931 sind sie mit 317,9 Millionen veranschlagt worden, während man für das Jahr 1932 nur mit einem Ertragsanteil von 267,4 Millionen Schilling rechnet.

Der Schuldenstand des Bundes mit 31. Dezember 1931 beläuft sich auf 2592,2 Millionen Schilling. Das Erfordernis zur Verminderung und Tilgung der gesamten Staatschuld ist pro 1932 mit 203 Millionen Schilling vorzulegen.

Wien, 27. Oktober. Dem Finanzministerium wurde mitgeteilt, daß als Ergebnis der

und zwar der frühere Kriegsminister Tom Shaw, der vormalige Wohlfahrtsminister Arthur Greenwood, der ehemalige Transportminister Morrison und Ben Turner.

Das bisher günstigste Resultat für die Arbeiterpartei wurde in Merthyr Tydfil (Wales) erzielt, wo ihr Kandidat seinen Sitz wieder errang u. zw. mit einer nur um 16 Stimmen verminderten Mehrheit.

68 ohne Wahl durchgekommen.

Davon allein 49 Konservative.

Das Verhältnis der einzelnen Parteien aus den Wahlkreisen, in denen keine Gegenkandidaten aufgestellt waren, inklusive der getrennt gebildeten Wahl des Abgeordneten für die Universität Wales ist: Konservative 49, Nationalliberale 7, Liberale 6 und Arbeiterpartei 6. Von diesen unterstützen somit 62 die allnationale Regierung, während sechs der Opposition angehören.

Wahltag der Konservativen.

Bisher 162 Mandate von 214.

London, 28. Oktober. Der Stand der Parteien war um 2.30 Uhr:

- Konservative 162
- Nationale Arbeiterpartei MacDonald 0
- National-Liberale Sir John Simons 19
- Liberale Nationalisten Herbert Samuel 12
- Unabhängige Nationalisten 1
- Arbeiterpartei 18
- Unabhängige Liberale Lloyd George 2
- Insgesamt 214.

Pariser Besprechungen des ehemaligen Finanzministers Dr. Fuch und des Beraters der Nationalbank Professor Bruins die Bank von Frankreich ihre Bereitwilligkeit erklärt habe, bei der WZ eine Einlage in der Höhe von 60 Millionen Schilling zu machen. Diese sollte im Wege eines Kredites an die Oesterreichische Nationalbank Oesterreich zugutekommen. Am 12. November findet eine Verwaltungsratsitzung der WZ statt, die sich mit der Frage des an die Oesterreichische Nationalbank zu gewährenden Kredites zu befassen haben wird.

Tirol hat kein Geld.

Innsbruck, 27. Oktober. Die Kassenlage des Landes Tirol ist so gespannt, daß die Auszahlung der Novembergehälter nur mit größter Mühe möglich sein wird. Im Landesbudget für das Jahr 1932 werden den sinkenden Einnahmen gemäß sehr starke Kürzungen vorgenommen werden. Auch die Lage der Gemeinden in Tirol ist sehr schwierig geworden.

Zum 28. Oktober.

Behende Fahnen, klingendes Spiel der Militärkapellen, Soldatenparaden, Ansprachen, Festveranstaltungen — das ist nun schon die traditionelle Art geworden, in der alljährlich, auch heuer, der 28. Oktober, der Gedächtnistag der nationalen Befreiung des tschechischen Volkes gefeiert wird. Im alten Oesterreich waren die Deutschen die glücklich Besitzenden, seither haben sie erst recht schämen gelernt, was staatliche Selbstständigkeit und Freiheit der kulturellen Entwicklung für ein Volk bedeuten und sie begreifen den Stolz und die Freude, die das tschechische Volk bei der Feier des Tages erfüllen, da der Gang der Geschichte ihm mit einem Schlage die Erfüllung langersehnter Ideale brachte. Das tschechische Volk ist frei, es hat die Möglichkeit der unbegrenzten, ungehemmten kulturellen Entwicklung und es ist im Besitze großer, sich stets steigender wirtschaftlicher Macht wie der Staatsmacht — begreiflich, daß es dankbar und freudig des Tages gedenkt, der ihm alles, was bis dahin als ferner Traum erschien, in reicher Fülle in den Schoß schüttete.

Und doch: jener grenzenlose Jubel, der wie jetzt wieder an rollenden Filmstreifen in den Kinos als Präludium zu den diversen Operettenschlagern gezeigt wird, am 28. Oktober 1918, da Daboburgs Herrschaft wie fauler Junder zerfiel und auf den Trümmern des zerfallenden Kaiserstaates die Völker, die einander gegenseitig im Wege gestanden waren, weil veröberliche Staatskunst sie gegeneinander ausgespielt hatte, ihre neuen staatlichen Wohnstätten errichteten, jene Freundschaftserklärungen aller Schichten und Klassen des tschechischen Volkes also, die damals wahrzunehmen waren, von ihnen zeigt sich bei den Feiern des Befreiungstages nur mehr ein Abglanz. Das mag zum guten Teile daran liegen, daß Ideale, wenn sie Verwirklichung finden, viel von ihrem Zauber verlieren, mehr noch daran, daß ein großer Teil des Volkes mit der Tatsache der staatlichen Selbstständigkeit die Vorstellung gerechterer sozialer Verhältnisse, eines größeren Wohlstandes verband. Das alte Oesterreich war ein Kerker und seine Beherrscher, Monarchismus, Adelskaste und deutsches Bürgertum, machten dem arbeitenden Volke aller Nationen die politischen, die nationalen und die sozialen Lebensrechte streitig. Nun, da der Wirbelsturm der Geschichte die alten hinweggefegt hatte, waren neue Staatslenker gekommen, die in Oesterreich Seite an Seite mit dem tschechischen Arbeiter schicksalsverbunden gegen das verrottete Regime gekämpft hatten, mit denen man viele Jahre in demokratischer Volksverbundenheit zusammengelebt und für nationale und wirtschaftliche Befreiung zusammen gewirkt hatte. Diese neuen Staatslenker würden doch bestimmt einsehens- und rücksichtsvoller, sozial gerechter sein als die früheren und mithelfen, den Lebenskampf der arbeitenden Stände weniger hart zu gestalten. Da es nun anders kam, da die rauhe kapitalistische Wirklichkeit viele der Illusionen zerstörte, konnte Ernüchterung und Enttäuschung nicht ausbleiben.

Das äußere Gepränge am 28. Oktober ist ein größeres geworden, als es an dem Tage des Umsturzes war, da alle Unterschiede zwischen den Klassen und Ständen des tschechischen Volkes weggewischt schienen, da alle Bürger, Arbeiter und Bauern in brüderlichem Geiste jubelnd die Straßen füllten, — an Innigkeit aber hat es verloren. Es sind nicht die unerfüllt gebliebenen übertriebenen Hoffnungen allein, welche dies bewirkt haben. Das tschechische Volk ist ein anderes geworden, in seiner sozialen Schichtung, in den erweiterten Gegenätzen zwischen seinen Klassen und damit ist auch das Gefüge seiner demokratischen Verbundenheit gelockert worden. Die Klassenunterschiede und Massengegenstände waren nicht groß, denn die weitaus große Mehrzahl der tschechischen Volksangehörigen waren Besitzlose oder Minderbemittelte, es war mit Ausnahme einer dünnen Schichte von wohlhabenden Bürgern

und reich gewordenen Advokaten ein Volk von Bauern, Kleinbürgern, kleinen Beamten und Arbeitern. In den dreizehn Jahren seit dem Umsturz haben sich die Verhältnisse gründlich gewandelt. Mit märchenhafter Schnelligkeit ist, mit allen staatlichen Nachmitteln gefördert, eine reiche tschechische Bourgeoisie entstanden und der Appetit, den sie entwickelte, übertraf bei weitem alle Begriffe und Maße von vordem. Heute sitzen die Angehörigen dieser Klasse bereits in aristokratischen Klären über den Bürgerliste in allen Verwaltungsstellen der großen Industrieunternehmen, streichen Lantien und Dividenden ein, sind die Herren großer, mächtiger Banken, nehmen sämtliche hohen Amtsstellen des Staates und der Länder ein und sitzen auf den Residuen der geschlagenen feudalen Gutsbesitzer. Den Staatsapparat hat sich diese Klasse der Hochgelommenen mit einer bisher nie dagewesenen Stupellosigkeit dienstbar zu machen verstanden, ihr hat die neue Staatlichkeit goldene Früchte getragen, während die große Masse des tschechischen Volkes nicht wohlhabender, eher ärmer geworden ist. Heute ist die tschechische Besitzklasse nicht minder unsozial und brutal gegen die Arbeiterklasse, als es die Bourgeoisie etwa der deutschen Nation schon früher gewesen ist. Das hat den Klassen Gegensatz, der durch den gemeinsamen Kampf aller Schichten gegen nationale Bedrückung verhält war, wohl nicht erst geschaffen, aber sichtbar gemacht und vertieft, denn während sich für den tschechischen Proletariat der Begriff seines Ausbeuters mit dem seines nationalen Unterdrückers deckte, wurde er jetzt gewahrt, daß das Streben nach Ausbeutung seiner Arbeitskraft und sozialer wie politischer Entrechtung nicht an eine bestimmte Nation gebunden ist und daß der besitzende Volksgenosse um nichts sozial und menschlich empfindender ist, als der Kapitalist der anderen Nation.

Der Freitag des 28. Oktober wird darum, wenn auch eingedenk des Falles der nationalen Fesseln, nicht mit jenen Gefühlen gefeiert, die einst diesem Tag das Gepräge gaben. Er ist auch im wesentlichen nur ein Tag der tschechischen Nation geblieben und es ist wenig geschehen, um ihn auch zu einem Festtage der anderen Nationen im Staate zu machen. Mit Ausnahme der verböhrtesten Nationalisten hat das deutsche Volk für die Freude, die sich, wenn auch in veränderten Umfange heute in der Erinnerung an diesen größten Tag des tschechischen Volkes kundgibt, volles Verständnis. Seltener fehlt bei einem Großteil der Gegenseite noch immer ein gleiches Verständnis für die Lebensnotwendigkeiten der deutschen Bevölkerung und gegenüber allen Vorstellungen und Beschwerden behält man sich mit der billigen Phrase, man habe den Deutschen ohnehin alles gegeben, worauf sie nach den Minderheitschutzverträgen Anspruch haben. Auch dieses „Gegebene“ findet man offenbar nach zu weitgehend und so waren die dreizehn Jahre des Bestandes der Tschechoslowakischen Republik begleitet von einer kaum jemals unterbrochenen offenen oder stillen Arbeit gegen das ihnen nach dem Umsturz Verbliebene. Man hat der deutschen Bevölkerung die Angliederung an den neuen Staat wahrhaftig nicht leicht gemacht, wenn die Deutschen trotz

dem lokale Staatsbürger gewesen sind und nur Böswilligkeit behaupten kann, daß ihr Kampf um Selbstbehauptung und nationale Gerechtigkeit gegen den Staat gerichtet ist, so hätte das längst dankbar durch entsprechende Taten anerkannt werden müssen.

So ist denn, dreizehn Jahre nach Gründung der Tschechoslowakischen Republik, das nationale Problem in ihr ungelöst und im

Was geht da vor?

Die Öffentlichkeit wird seit einiger Zeit ständig mit Nachrichten über eine geplante Zoll-erhöhung für Kaffee und Tee beunruhigt und mit Recht wird gegen diese Absichten, welche eine Verteuerung dieser wichtigen Konsumwaren herbeiführen müßten, protestiert. So wichtig aber Kaffee und Tee für den Konsum der breitesten Volkskreise sind: unendlich wichtiger ist für die Volksgemeinschaft der Preis des Getreides und des Mehles, da es sich bei Brot und Mehl um Nahrungsmittel handelt, die täglich in jedem Haushaat in erheblichen Mengen verbraucht werden. Der Weltmarktpreis für Weizen hat in den letzten Wochen einen derartigen Tiefstand erreicht wie nie zuvor und rumänischer Weizen wird zum Beispiel franco Hafen Preßburg heute bereits um 44 Kronen pro Meterzentner angeboten. Selbst wenn wir den unerhöht hohen Zoll von 70 Kronen pro Meterzentner (160 Prozent des Preises) in Betracht ziehen, ferner die weitere Belastung von einem Prozent des Wertes zugunsten des Handelsministeriums, die weiteren Transport- und eventuellen Lagerkosten, so müßte bei uns der Weizen mit höchstens 120 Kronen pro Meterzentner gehandelt werden. Tatsächlich müssen aber bei uns für den Meterzentner Weizen bis zu 160 Kronen bezahlt werden, so daß also in der Tschechoslowakei nahezu der vierfache Weltmarktpreis für Weizen gezahlt wird. Sehen wir von Deutschland ab, wo die Agrarpolitik des Herrn Schiele die Getreidepreise auf eine unerhörte Höhe getrieben hat, so zahlt der tschechoslowakische Konsument die höchsten Getreidepreise auf der ganzen Welt.

Wie ist das möglich? Hier muß in die Hintergründe einer Praxis geleuchtet werden, die in höchstem Maße volksfeindlich und volkschädlich ist und welche sowohl die gesamte Öffentlichkeit als auch insbesondere die zuständigen Behörden, namentlich das Volksernährungsministerium veranlassen muß, hier auf energischste auf Abhilfe zu drängen. Die Tschechoslowakei produziert viel zu wenig Weizen, als daß sie selbst den notwendigen Bedarf decken könnte. Im Vorjahre wurden bei uns 13,8 Millionen Meterzentner Weizen geerntet, nach der eben erschienenen Statistik des Statistischen Staatsamtes müßten aber fast drei Millionen Meterzentner (2.951.342 Meterzentner) Weizen und fast zwei Millionen Meterzentner (1.911.061 Meterzentner) Mehl importiert werden. Für dieses Jahr wird die Weizenernte bei uns auf nicht ganz 10,5 Millionen Meterzentner geschätzt, so daß annähernd sechs Millionen Meterzentner eingeführt werden müssen, um den Bedarf zu decken. Da aber infolge des Weltkrieges mit Ungarn die Mehleinfuhr nahezu ganz aufgehört hat — in den ersten acht Monaten des vergangenen Jahres wurden 920.000 Meterzentner Mehl aus Ungarn eingeführt, heuer aber nur 50.000 Meterzentner — muß auch dieses Quantum durch erhöhte Weizeneinfuhr gedeckt werden, so daß mit einer Einfuhr von mindestens acht Millionen Meterzentner Weizen gerechnet werden muß, volle 80 Prozent der gesamten Inlandsernte.

Obwohl also ein ausgeprägtes Bedürf-

Grunde genommen hätte niemand mehr Ursache, dies zu beklagen, als der Staat selbst, dem seine Nationalisten verwehren, die ehernen Grundlagen seiner Existenz und seiner gesunden Entwicklung zu finden. Die Welt hat heute andere Sorgen, als die nationalen, aber darum bestehen die Probleme doch fort und heißen ihre Lösung. Möge bald der Tag kommen, da dies erkannt wird!

nis nach Weizenimporten besteht, genügt es unseren tschechischen und deutschen Agrariern nicht, daß die Einfuhr mit einem wahnsinnigen Zollsatz belastet wird, sondern es besteht auch das Bewilligungsverfahren. Die Einfuhrbewilligung wird durch eine besondere Kommission beim Handelsministerium erteilt, welche aus fünf Vertretern der verschiedenen Ministerien und aus fünf Vertretern der sog. „Interessengruppen“ besteht. Unter diesen Interessengruppen befinden sich auch die Konsumenten, deren Vertretung jedoch minimal ist und wir wollen zur Ehre dieser Vertreter annehmen, daß sie gegen die Praktiken sind, welche von der Kommission zugunsten von elf privilegierten Agrarischen Genossenschaftszentralen und zum Schaden aller Bürger dieses Staates geübt werden. Man kann ihnen allerdings den Vorwurf nicht ersparen, daß sie nicht schon längst laut und vernehmlich auf dieses Treiben gewissenloser Preisstreiber und Profitjäger hingewiesen haben, welche nicht nur das tägliche Brot verteuern, sondern auch die Zukunft unserer gesamten Getreideversorgung auf das schwerste gefährden. Wird doch geradezu öffentlich erzählt, daß die deutschen und tschechischen Agrarier den Mut besessen haben sollen, die Einfuhr ausländischen Weizens davon abhängig zu machen, daß pro Wagon einzuführenden Weizens ein Betrag von 2000 Kronen zugunsten der agrarischen Genossenschaft „Kooperativa“ bezahlt wird! Dieser Antrag wurde, soweit wir informiert sind, aber Eingreifen der Konsumentenvertreter abgelehnt. Daraufhin erfanden die Herren eine neue Methode, welche zwar weniger offen, dafür aber desto gefährlicher ist. Sie haben nämlich den Grundatz aufgestellt, daß für je fünf Waggons Einfuhrweizen ein Wagon Inlandswitzen gekauft werden muß, wobei dieser Inlandswagon durch Vermittlung einer der privilegierten agrarischen elf Genossenschaftszentralen eingekauft werden muß. Diese Genossenschaften aber betreiben einen ausgelegten Preiswucher, indem sie für Weizen, welcher je nach Qualität 138 bis 150 Kronen pro Meterzentner kostet, 152 bis 160 Kronen verlangen, ohne daß aber der landwirtschaftliche Produzent, also der Bauer diesen Mehrbetrag erhalten würde. Es ist vielmehr so, daß die Bauern nur etwa 1 bis 2 Kronen von diesem Mehrbetrag erhalten, der Rest aber ohne jedwede Berechnung und Kontrolle einfach als Uebergewinn für die betreffenden Genossenschaften verwendet wird. Wie sich diese Zustände auswirken, möge die Tatsache illustrieren, daß eine Mühle für einen Zentner Inlandswitzen 144 Kronen bezahlt, nachdem sie aber diesen Weizen als Kontingent für die Einfuhr von Auslandswitzen verwenden und anerkennen lassen will, für denselben Weizen im Handumdrehen 156 Kronen, also um 12 Kronen mehr bezahlen muß, wobei gleichzeitig der billigere Kauf stagniert wird. Geradezu grotesk wirkt es, daß beispielsweise der Staat den auf seinen Gütern geernteten Weizen nicht einfach als inländischen Kontingentweizen betrachtet und dafür das entsprechende Quantum Auslandswitzen für seine Mühlen importieren darf, sondern daß er seinen eigenen Weizen erst einer dieser privilegierten Genossenschaften anbieten muß, um ihn dann von ihr zum teureren

Preis zurückzukaufen. In der Praxis sieht das dann so aus, daß der inländische Weizenproduzent, der gleichzeitig selbst Mühlenbesitzer ist, diesen agrarischen Zentralen für nichts und wieder nichts rund 1500 Kronen pro Waggons zahlen muß, um dann die Bestätigung zu erhalten, daß er tatsächlich Inlandswitzen — seinen eigenen — „gekauft“ hat. Da für Oktober die Einfuhr von 4950 Waggons Weizen bewilligt wurde, ergibt sich, daß 990 Waggons Inlandswitzen zu dem von den 11 agrarischen Genossenschaften diktierten Ueberpreis angekauft werden mußten, so daß sich diese Genossenschaften im Laufe eines einzigen Monats auf Kosten der Konsumenten unberechtigtweise nahezu 1,5 Millionen Kronen angeeignet haben. Gelfen die Wucherbestimmungen wirklich nur für die kleinen Strämer und nicht auch für die privilegierten Genossenschaften der mächtigsten politischen Partei des Landes und steht das Ernährungsministerium hier nicht eine Pflicht, an der es nicht achtlos vorbeigehen darf?

Neben dieser Verteuerung hat aber das genannte Verfahren noch eine weitere, nicht minder gefährliche Wirkung, indem in geradezu mutwilligster Weise zugunsten einer Handvoll agrarischer Großkapitalisten die Arbeitslosigkeit ganz bedeutend gesteigert wird. Im Breßburger Hafen lagen am 23. ds. nach einem Bericht der sozialdemokratischen „Robotnick Roviny“ in 100 großen Schleppplätzen 5000 Waggons Weizen, die nicht ausgeladen werden dürfen, weil die im Dunkel der Anonymität arbeitende Getreide-Einfuhrkommission nicht die Bewilligung erteilt. Dieser Weizen ist größtenteils bereits von den tschechoslowakischen Importeuren bezahlt worden und nunmehr muß auch noch ein tägliches Lagergeld von rund 100.000 Kronen geleistet werden, wobei noch die Befürchtung besteht, daß der Weizen in den Röhren verdirbt, da es in Preßburg immer noch keine entsprechenden Getreide-Silos gibt, obwohl es sich um unseren größten Getreideeinfuhrhafen handelt. Uebrigens sind im Umschlaghafen Loube die Verhältnisse nicht wesentlich anders. Obwohl also ein Uebermaß von Weizen vorhanden ist, können die slowakischen Mühlen nicht arbeiten, weil sie nicht genug Weizen zum ausmahlen bekommen. Für die 130 Handmühlen in der Slowakei, welche eine Tageskapazität von 250 Waggons haben und 5000 Arbeiter beschäftigen, wurde ein ganz ungenügendes Einfuhrkontingent zur Verfügung gestellt, so daß bereits in vielen Fällen die Stilllegung der Mühlen und die Entlassung der Arbeiter angefangen, teilweise auch schon durchgeführt wurde. Ebenso geht es in Böhmen und Mähren.

Gegen alle diese Schädigungen unserer Wirtschaft kann nicht heftig genug protestiert werden. Dabei kommt, wie wir schon ausgeführt haben, diese genossenschaftliche Politik nicht einmal den Bauern zugute, sondern sie dient ganz einfach den unkontrollierbaren elf privilegierten Genossenschaften der deutschen und tschechischen Agrarier. Es haben also alle Kreise der Bevölkerung ein eminentes Interesse daran, daß in das Dunkel hineingeleuchtet und Ordnung geschaffen werde. Wenn schon ein Monopol, dann ein offenes staatliches und nicht ein verlapptes privates zugunsten einiger agrarischer Machthaber. Wir fordern die berufenen Instanzen auf, sich mit diesem himmelschreienden Skandal zu befassen und im Interesse unserer Volksernährung schleunigst Remedur zu schaffen.

Antea auf Einvernahme Calmettes.

Lübeck, 27. Oktober. In der heutigen Nachmittagsitzung des Lübecker Prozesses stellte Rechtsanwalt Frey den Antrag, Professor Calmette kommissarisch vernehmen zu lassen. Ueber den Antrag wird später beschlossen.

Der Traumlenker

Roman von Karmynia Zur Mühlen.

Ja, der Mann, der einst diese Worte geschrieben hatte, Peter Brenns, Gefühle vorausgahn. Auch für ihn ist der Himmel über seinem Haupte ebern, nicht mehr Luft, nicht mehr Atmosphäre, sondern eine unbarmherzige, undurchdringliche eberne Kuppel, die sich immer tiefer und tiefer auf ihn herabsenkt, um ihn zu zermalmen. Kinder und schlächte Erden senden zu diesem Himmel ihre Bitte empor, im beseligenden Glauben, daß der kleine leichte Heil ihres Gebetes diesen durchdringlichen Stahl zu durchstoßen vermag. Für sie ist er ein zartes Gewebe, das sich um die frühe ihres allmächtigen, gnadenreichen Gottes schmieg.

Er aber weiß es besser, der Himmel ist ebern, ist hart wie Stahl, Stahl. Auch die Wächterhauben der Polizisten sind aus Stahl, Polizisten.

Pflichtlich fühlte Peter einen üblen Geschmack im Munde. Seine Stirn wurde feucht, die Haare kleben an ihr. Polizisten.

Da hatte einmal ein Polizist in seinem Wartezimmer gesessen, ein verfolgter, geheimer Mensch, ein Mensch, der unter der Erkenntnis seines Tuns zusammengebrochen war. Peter sah vor sich das lächelnde, hilflose Kindergesicht des großen schwerfälligen Mannes, hörte seine jammernden Worte.

Damals hatte er mit ihm Mitleid empfunden, eine ehrliche Regung. Aus gutem und reinem Herzen hatte er versucht, diesem gequälten Menschen zu helfen. Und hatte sich gefreut, als es ihm gelang.

Er hatte, wenn er in den letzten Wochen mit heimlichem Grauen an Friedrich Müller, an Felix Halpert und an Diane dachte, vor diese drei anlockenden Gestalten die große breite Ge-

stalt des Polizisten geschoben: denn habe ich geholfen. Dem habe ich nichts Böses getan.

Aber heute... heute war ihm auch dieser trübselige Glaube zerstört worden.

Er war am Vormittag durch die Straßen geschlendert. Planlos, gedankenlos. Vor den Augen das vertraute Großstadtbild: lautende Autos, klingelnde Straßenbahnen, hastende Menschen.

Und dann jählings ein Schrei, allen andern Värm überhörend:

„Da läuft der Dieb! Aufhalten! Aufhalten!“

Ein braunes Etwas rann in ungeheuren Sähen dahin. Und hinter ihm eine zornige Menge. Das Wort „Dieb“ hatte mit einemmal alle diese Menschen in Polizisten verwandelt. Sie waren nicht mehr kleine Einzelteile, Mafier, Verkäufer, Stenotypistinnen, Arbeiter, Hausfrauen, sie waren samt und sonders zu Polizisten geworden. Güter des dreimal heiligen Privatbesitzes, die einen Dieb verfolgten. Als hätte man jeden einzelnen von ihnen bestohlen, so grimmig, so baherfüllt waren die Gesichter. Peter war der Gedanke gekommen: ein ganzes Volk das aus Polizisten besteht.

Er hatte über diese Vorstellung lachen wollen, aber das Lachen blieb ihm in der Kehle stecken, als er die laufenden, rennenden hetenden Menschen betrachtete.

Wie eine Wunde, die hinter dem Fuchs herjagt, funkelnde Augen, Scham in den Mundwinkeln, leuchtende Lungen. Hier, inmitten der Sachlichkeit einer Großstadtstraße, erhob sich riesengroß und schauerlich ein Wesen: der Hof des Menschen gegen den Menschen, die böse Freude an der Jagd. Großinquisitoren verfolgten einen, der ihren Gott angezweifelt hatte.

Peter ließ sich von einem plötzlichen Anpuls hinreißen. Er packte einen schäbig gekleideten laufenden Mann und zwang ihn, stehen-zubleiben.

„Weshalb rennen Sie dem armen Teufel nach? Hat er Sie bestohlen?“

„Nein“, leuchtete der Mann, und sein schmaler Brustkasten hob und senkte sich schwer atmend. „Er hat beim Juwelier Kaiser eingebrochen.“

Peter hielt noch immer den Arm des Mannes unklammernd.

„Sind Sie der Juwelier Kaiser?“

Der Mann lachte heiser.

„Ich will“, ich war es. Ich bin Bankbeamter, arbeitslos seit sechs Monaten.“

„Warum heßen Sie denn nicht dem nach, der Sie bestohlen hat?“

Der Mann starrte ihn verständnislos an.

„Lassen Sie mich los, Herr, was fällt Ihnen ein?“

„Was hat...“ Peter verstummte plötzlich, und seine Hand ließ den Arm des Mannes los, der sich sofort von neuem der Heßjagd anschloß. Peters Augen aber starrten wie gebannt auf eine große, schwerfällige Gestalt, die, den Gummiknäuel schwingend, dahergelaufen kam.

Franz Kies, sein Polizist!

Wo war der Mann geblieben, dem der verfolgte Mörder keinen ruhigen Schlaf mehr gönnte, der Mensch, der, einmal im Leben, zu denken begonnen hatte?

Das war nicht der Mensch, Franz Kies, das war der Polizist, der Priester und Hüter des heiligen Privatbesitzes, der hinter dem braunen Etwas dahergelaufen war.

„Der Dieb! Haltet den Dieb!“ Und nun stieg ein Lachen würgend in Peters Kehle hoch. Ein vertrocknetes böses Lachen.

„Den hab ich geheilt. Dem hab ich das Denken ausgetrieben. Ganz leise, ganz schüchtern hat sich im Polizisten der Mensch gezeigt — und ich habe ihn getötet. Das war meine gute Tat!“

Kaltes Grauen schüttelte Peter Brenn.

„Der Mensch wollte leben, der Mensch, der denkt und fühlt. Und ich habe ihn gemordet. In dem Fleischklumpen, der in den Listen der Polizei Franz Kies heißt, lebte ein Traum des Versteckens, des Mitleids. Ein schwarzer Traum. Und ich habe ihn vernichtet. Das war meine gute Tat.“

Am Fenster sitzend, den Blick in die Wolken gehöhrt, die immer schwärzer wurden, den Tag in Nacht verwandelnd, flüsterte Peter Brenn vor sich hin:

„Du wirst tappen um Mittag, wie ein Blinder tappet im Dunkeln.“

Waren diese erbarmungslosen Worte nicht auf ihn geschrieben? Tappet er nicht im Dunkeln wie ein Blinder? Wo ist der wahre Mensch, wo ist der wahre Traum? Er hat geglaubt, die Wahrheit von der Lüge, das Echte vom Falschen unterscheiden zu können. Wer ist der wahre Mensch, Franz Kies, gefoltert vom Gesicht des gelangenen Mörders, oder der Polizist Kies, der dem Dieb nachjagt? Felix Halpert, die geldstolze Bestie, oder der arme Karr, der hilflos um die Liebe einer Frau kämpft? Gabriel Klinker, der Schönheit und Luxus mit allen Sinnen genießt, oder Gabriel Klinker, der, allem entgegen, für die Gerechtigkeit kämpft? Wo?

Und wer ist der wahre Peter Brenn? Ist es der Mensch, der mit seiner seltsamen Kraft andern helfen will, oder der junge Mann, der Geld verdienen möchte, oder — der Mensch, der, durch eine persönliche Enttäuschung verbittert, Böses tut?

„Nein“, sagte Peter laut, „die Erde unter mir ist nicht ebern. Sie ist eine wogende Welle, sie ist Flugland. Sie trägt mich nicht. Wer bin ich? Was bin ich? Ich liebe und hasse. Ich will das Gute und will das Böse. Mein Gott, mein Gott, was ist mein wahrer Traum?“

(Fortsetzung folgt.)

Udrzal spricht von der Möglichkeit eines Ermächtigungsgesetzes.

Neuzeitliche Zurückhaltung in der Frage der Vierzigstundenwoche.

Prag, 27. Oktober. Im Budgetausschuss hielt heute Ministerpräsident Udrzal ein Schlusswort zu der Debatte über die ersten Budgetkapitel, wobei er u. a. betonte, daß die Regierung es mit der Einsetzung von Sparkommissionen in den einzelnen Ressorts ernst meine. Hinsichtlich der Einsetzung einer eigenen Sparkommission werde ein Regierungsentwurf vorbereitet. Bezüglich der im Paragraph 2 des Gesetzes über Sparmaßnahmen in der öffentlichen Verwaltung vorgesehenen Kommission seien bereits in der ersten Ministerratssitzung im Oktober der Finanz- und Innenminister beauftragt worden, einen entsprechenden Antrag vorzulegen, damit die Kommission die außer Staatsbeamten auch Fachkreise zur Mitarbeit heranziehen soll, baldmöglichst in Tätigkeit treten könne.

Eine Herabsetzung der Löhne der Parlamentarier empfiehlte Udrzal nicht; mit der Frage der Ministergehälter und der außerordentlichen Bezüge der Beamten befaßte sich derzeit der Finanzminister. Niemand wisse, ob und die Verhältnisse nicht außerordentliche Maßnahmen aufzwingen werden. Udrzal deutete auch die Möglichkeit eines Ermächtigungsgesetzes an, das dem Staat unter allen Umständen die Lebensnotwendigkeiten sichern solle, doch brauchen wir derzeit alle diese Dinge noch nicht.

Zur Vierzigstundenwoche

äußerte sich Udrzal sehr zurückhaltend. Es sei das eine sehr delikate Frage, in der man vorsichtig vorgehen müsse. Das Internationale Arbeitsamt habe sich dagegen ausgesprochen. Die Tschchoslowakei könne nicht ohne sorgfältige Überlegung lähne Versuche machen. Man müsse sich vor allem nach unseren wirtschaftlichen Konkurrenzverhältnissen und sich von der Rücksicht auf die eigenen Produktionsmöglichkeiten leiten lassen. Er sei nicht gegen den Fortschritt, aber vorher müsse man sich die Sache gut überlegen.

Bezüglich der Ersparungen in den Personalansätzen wiederholte Udrzal lebhaftig seine früheren Äußerungen; die Regierung werde sich da nach dem Material richten, das die Ersparungskommissionen vorbereiten. Zum Schluß ging der Ministerpräsident auch auf den

Vorab-Zwischenfall

ein, wobei er in etwas anzüglicher Weise erklärte: Wir lehnen auch den Rat eines „Onkels aus Amerika“ nicht ab, der uns und ganz Europa den ewigen Frieden sichern will. Wir danken dem Herrn Senator Vorab für den guten Willen, aber wir sind froh, daß der französische Ministerpräsident durch seine Antwort a tempo uns derzeit aller Besorgnisse entholden hat.

Protest von sozialdemokratischer Seite.

Gegen die Stelle, an der Udrzal von der Möglichkeit eines Ausnahms-Ermächtigungsgesetzes sprach, nahm sofort der tschechische Genosse Kemeš Stellung. Kemeš erklärte, die Ausherrschung des Ministerpräsidenten könne von großer Tragweite sein, weil sie die Suspension der Verfassung und des Parlamentarismus und die Aufrichtung einer Diktatur, gleichgültig in welcher Form, bedeuten könne. Dafür seien aber bei uns keine Voraussetzungen gegeben, weder politisch noch wirtschaftlich. Wir seien bei uns nicht so weit wie in Südrussland oder Deutschland und deshalb halte es Redner für seine Pflicht, sich auf das Entscheidende gegen ein Ermächtigungsgesetz zu verhalten. Wenn sich die Regierung auf geeignete Maßnahmen im Interesse der Staatswirtschaft zu einigen verstände, könne sie mit jeder solchen Einigung vor das Parlament treten, das seine Zustimmung sicher nicht verweigern werde.

Gajdas und Harus' Wohl in die Prager Stadtvertretung unglücklich.

Gegen die Wahl des faschisten Gajdas und des Kommunisten Harus in die Prager Stadtvertretung wurden, wie wir seinerzeit gemeldet haben, Einwendungen erhoben. Die Landesbehörde hat nun diesen Einwendungen stattgegeben und entschieden, daß die Wahl der beiden Benannten unglücklich ist, und zwar deswegen, weil sie durch das Gericht ihres Wahlrechtes verlustig erklärt wurden und der Grund der Handlungen, um derenwillen sie verurteilt wurden, ehrlos und niedrige Motive gewesen sind.

Der bisherige Generalsekretär der nationaldemokratischen Partei Slaváček hat vor einigen Tagen sein Amt zurückgelegt (sein Nachfolger ist der bisherige Sekretär des nationaldemokratischen Abgeordnetenklaubs Dr. Horák), weil er mit der Politik des Prof. Šodas, des jetzigen tatsächlichen Führers der Partei, nicht einverstanden ist. Slaváček hat eine Erklärung in dem Blatte Střihový veröffentlicht, worin er erklärte, er werde nun als einfacher Parteiangehöriger für das Zusammengehen der Nationaldemokraten mit Střihový eintreten. Ob er der Střihový-Partei beitreten werde, ist, wie tschechische Blätter schreiben, noch nicht sicher.

Ein Sozialdemokrat Bürgermeister von Kolin. Zum Bürgermeister von Kolin wurde vorgestern der tschechische Sozialdemokrat Dr. Jelínek gewählt.

„100 Millionen für die Arbeitslosen“!

Blamierte Demagogen.

Als im Dezember des Vorjahres die Vorlage über die Schaffung des 150-Millionen-Fonds im Parlament zur Beratung stand, witterten die Kommunisten wieder einmal Korruption und schlugen den bei ihnen schon üblichen Lärm, den allerdings niemand beachtete. Um ihrer wackeren Verteidigung der Arbeiterinteressen die Krone aufzusetzen, brachten sie einen Antrag ein, wonach 100 Millionen, also zwei Drittel des Fonds, zur Unterstützung Arbeitsloser verwendet werden müßten. Durch diesen Antrag, dessen Einbringung mit dem nötigen Lärm rings im Lande verkündet wurde, glaubten sie der Regierung und da in erster Linie natürlich den Sozialdemokraten eine Verlegenheit zu bereiten. Aber es kam anders, als sich die Kommunisten dies vorgestellt hatten.

Der 150-Millionen-Fond wurde verteilt, auch die kommunistischen Gewerkschaften wurden hierbei bedacht und ihnen ein Beitrag zur Sanierung ihrer Arbeitslosenklassen zugewiesen und nun hat der Finanzminister in der Vorwoche im Budgetausschuss Rechenschaft über die Verwendung

des Krisenfonds abgelegt, der bis auf einen Betrag von 2 Millionen Kronen aufgebraucht ist. Dabei kam hervor, daß die Regierung für Zwecke der Arbeitslosenfürsorge aus diesem Fonds nicht 100 Millionen, wie die Kommunisten verlangt hatten, sondern 120 Millionen flüssig gemacht hatte. Die kommunistischen Delegierten haben sich also einmal gründlich blamiert. Da bringen sie einen Antrag ein, von dem sie glauben, daß er zu 100 Prozent nicht verwirklicht werden wird, und der sozialfaschistische Fürsorgeminister gibt solange keine Ruhe, bis er für die Arbeitslosen eine Summe erklämpft hat, die um 20 Millionen höher ist als die, die ihnen die potentierten kommunistischen Arbeitslosentreter zugedacht hatten.

Ein Unterschied besteht allerdings: die Kommunisten haben mit großem Geschrei 100 Millionen verlangt und den Arbeitslosen nichts gebracht. Genosse Dr. Czech hat ohne Geschrei mehr für die Arbeitslosen erreicht, als die Kommunisten — gefordert haben!

Was für die kommunistischen Arbeiter eine ganz nützliche Erkenntnis ist!

Salan- oder Kulturkaat?

Unsere Krankenhäuser.

Den Budget-Körpern in Staat und Ländern zur Mahnung!

Können wir mit unseren Krankenhäusern zufrieden sein? Ein erfahrener Krankenhaushausmann, Primarius Dozent Dr. Franz Bardach, veröffentlicht eben eine eingehende Prüfung unseres Krankenhauses, aus der man eine Antwort auf obige Frage entnehmen kann. Sein in der wissenschaftlichen Zeitschrift des Fachorgans der deutschen Ärzte in der Tschchoslowakischen Republik erscheinender Aufsatz „Die Ausgestaltung unserer Krankenhäuser nach den Forderungen der Jetztzeit“ verdient erste Beachtung.

Seine Studie kommt nicht zu erfreulichen Ergebnissen und es darf nach den Darlegungen dieses Fachmannes die anfangs gestellte Frage verneint werden. Nachdem Primarius Dr. Bardach feststellt, daß die Zahl der Krankenhausbetten nicht zureicht, beschäftigt er sich mit der Ausgestaltung der Anstalten in bezug auf ärztliche und pflegerische Leistungen.

Wir lassen ihn selbst sprechen und glauben, daß seinen Ausführungen nichts hinzugefügt werden muß:

Wir finden, daß von 91 Provinzspitälern mit 15.247 Betten 61, darunter auch solche von 150 Betten, nur von einem definitiven Arzt geleitet werden; interne Abteilungen finden wir nur in 25 Spitälern, dermatologische Abteilungen in nur 4 (Kauzig, Komotau, Wäsen, Reichenberg), Augenabteilungen in 9 (Kauzig, Königgrätz, Komotau, Wäsen, Reichenberg, Raudek, Ujezd pod Klodnem, Warnsdorf), Oberabteilungen in 4 (Kauzig, Königgrätz, Komotau, Reichenberg), eine gynäkologische Abteilung nur in 3 Spitälern (Budweis, Königgrätz, Reichenberg), Fachröntgenologen in Bräu, Königgrätz, Reichenberg. Professuren bestehen nur in Wäsen und Königgrätz (in letzterem Orte wurde dem Professor zugleich die Leitung der Infektionsabteilung übertragen und er muß beiden Funktionen ohne Hilfsarzt nachkommen). Hervorgehoben werden muß, daß es immer noch und auch in größeren Orten Spitäler gibt, die ohne Hilfsarzt auskommen.

Die oben angeführten Daten erweisen, in wie erschreckend geringem Maße für die fachärztliche Versorgung der Kranken in unseren Spitälern Sorge getragen ist.

Für die Beurteilung der geringeren Wertschätzung des Spitalwesens muß auch die überaus schlechte materielle Stellung aller Krankenhausangestellten angeführt werden; hier wollen wir nur hervorheben, daß die Primärärzte in Gehalt und Beförderungsoverhältnissen gegenüber allen anderen Berufen mit akademischer Vorbildung weit zurückgesetzt sind, und zwar unter ausdrücklichem Hinweis auf die ihnen möglichen Entnahmen aus der Privatpraxis!

Die Zahl der Subalternärzte ist in den meisten unserer Krankenhäuser zu gering; noch mehr kommt aber der große Mangel an Personal, das für die Vertretung der Abteilungsleiter durch fachlich ausgebildete Ärzte in der Regel nicht Sorge getragen ist. So fehlen auch auf großen chirurgischen Abteilungen bei Verhinderung des Chefs ausgebildete Vertreter.

Zu unseren Spitälern hat eine Pflegeperson durchschnittlich mindestens 12 bis 13 Kranke zu versorgen (wir finden auch Spitäler, in welchen eine Schwester auf 20 Kranke kommt); wir brauchen wohl nicht auseinanderzusetzen, daß diese Zahl eine viel zu kleine ist, besonders wenn man in Betracht zieht, daß die Nachwachen mit eingerechnet sind, keine Schwesterkreise besteht und in Erkrankungs- und Urlaubsfällen kein Ersatz für den Ausfall vorgesehen wird. (Christiane Reimann hat am 11. J. N. Hospitalkongreß in Wien einen ausführlichen Bericht über das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Krankenpflegerpersonal und Patienten auf Grund einer statistischen Bearbeitung von Fragebögen erstattet, die im Auftrag des J. N. Hospitalkomitees an

die wichtigsten Krankenhäuser von 40 Ländern weitergeleitet worden waren. Wir finden in diesem Berichte (Tabelle 13), daß in der C. S. R. auf 100 Kranke in medizinischen Abteilungen 16,8, in chirurgischen Abteilungen 17,7 und in Kinderabteilungen 23,5 Schwestern errechnet werden und erhoffen die allgemeine Durchführung dieser Angaben.) Wir weisen noch auf die überaus schlechte Entlohnung der Schwestern und darauf hin, daß ihre selbstlose Aufopferung bei uns auch nicht im geringsten dadurch anerkannt wird, daß ihnen wie auch dem übrigen Personal in modernen Krankenhäusern entsprechenden Annehmlichkeiten geboten wird.

Es wird nach dem Gesagten keine Verbürdung erregen, daß die soziale Krankenhaushilfe bei uns noch ganz unbekannt zu sein scheint.

Wir haben in unseren früheren Ausführungen auf die große Bedeutung der Küche für das Krankenhaus hingewiesen. Nach den Befragungen unserer Landesbehörde sollen die Selbstkosten für die Rohmaterialien der Krankenkost den Betrag von 6 K nicht übersteigen und nur in Ausnahmefällen wird Spitalern ein Satz von bis K 7,60 zugestanden. Wir führen hier an, daß die gleichen Kosten in Krankenhäusern des Deutschen Reiches auf M. 1,50 bis M. 1,70 berechnet werden. Wenn nun auch zugegeben ist, daß ein Betrag von 6 bis 7 K genügen kann, um in einem Großbetriebe ein einfaches Essen für Gefunde und auch eine Schornungsdiät herzustellen, so müssen wir doch sagen, daß heute mit einem solchen Betrage weder eine Kräftigungsdiät, wie sie beispielsweise bei Rheumalazienten und Tuberkulösen unbedingt notwendig erscheint, geboten werden kann, noch eine geeignete Diätbehandlung so vieler Kranken, welchen nur durch eine solche Hilfe gebracht werden kann, möglich erscheint. Wir wollen hier nur noch darauf hinweisen, daß es selbst in dem großen Spital eines Weltkurortes, wozu letzterem jährlich viele Tausende von Magen- und Stoffwechsellkranke zufließen, bei dem zugebilligten Betrage von 6 K nicht möglich ist, solchen Kranken die entsprechende Diät zu verabfolgen.

Der unseren Krankenhäusern für Medikamente und ärztliche Erfordernisse, d. i. also für alle diagnostischen und therapeutischen Maßnahmen, zur Verfügung stehende Betrag beträgt pro Kopf täglich durchschnittlich etwas über 3 K. Das Krankenhaus muß also mit diesem Betrage die Ausgaben für Operationen, Verbände, alle Laboratoriumsuntersuchungen, Arzneimittel, Röntgenuntersuchung und -behandlung, für die Kosten der physikalischen Therapie auskommen. Wir sind Anhänger eines vernünftigen Sparsystems, das die Verminderung aller unnötigen Ausgaben im Krankenhause mit vollem Recht fordert; wir teilen auch die skeptische Einstellung der meisten Ärzte bezüglich vieler neuer Behandlungsverfahren und des Wertes vieler aus laienmännlichen Rücksichten auf den Markt gebrachter Spezialpräparate; wir dürfen aber doch die großen Fortschritte der Medizin in den vielen diagnostischen und therapeutischen Methoden, insbesondere auch durch die Leistungen der physikalischen Medizin, durch die Erfindung so vieler wertvoller Medikamente nicht übersehen und müssen fordern, daß die Vorteile derselben nicht nur den vermögenden Bevölkerungskreisen durch Privatbehandlung und in Sanatorien zugute kommen dürfen.

Wir sprechen unsere Ueberzeugung aus, daß mit den unseren Krankenhäusern zur Verfügung gestellten Mitteln eine der jetzigen Entwicklung der Medizin entsprechende Behandlung unserer Kranken nicht durchgeführt werden kann.

Die Provinzkrankenhäuser in Böhmen müssen mit einer Verpflegstage von höchstens 22 K

täglich (manche Spitäler mit einem viel geringeren Betrage) auskommen; durch die Verteilung aus den Erträgen der Sanitätsumlage wird dieser Betrag um etwa 2,50 K erhöht. Auffallenderweise sind die Spitäler anderer Länder besser gestellt: so betragen die Verpflegungstage in Oberberg 25 K, in Raßlau 26 K, in Lubenec, Ostrau und Troppau 27 K. Ebenso sind einigen Tuberkulosekrankenheimern bedeutend höhere Verpflegungstage eingeräumt und so sehr wir diesen Vorgang im Interesse der Krankenbehandlung, vor allem in der Ermöglichung einer ausreichenden Verpflegung billigen, müssen wir doch auf die Inkonsequenz hinweisen, welche ein Verkennen der Bedürfnisse eines feinen Verpflegungs nachkommenden Krankenhauses zeigt. Ein ebensolcher Unterschied besteht übrigens auch in der Dotation der diesbezüglich weit besser gestellten Militärspitäler.

Trotz der bisher grundsätzlich ablehnenden Haltung unserer Behörden gegen eine entsprechende Erhöhung der Verpflegungstage wurde nicht daran gedacht, der Spitalnot wenigstens teilweise durch Erzielung von Einnahmsquellen zu steuern. Die große Verschiedenheit des Kostenaufwandes für die den einzelnen Kranken gewährten Leistungen hat — wie schon früher erwähnt — dazu geführt, daß in vielen Spitälern des Auslandes für die Vornahme aller mit besonderen Kosten verbundener diagnostischer und therapeutischer Leistungen Zuschlagsätze als Nebenkosten berechnet werden. In diese Kategorie fallen besonders die Operationskosten, für Verbände, teure Medikamente, Röntgenanlagen usw. Gegenwärtig besteht selbst für bemittelte Kranke und insbesondere für Klassenpatienten keinerlei gesetzliche Verpflichtung zur Deckung dieser oft sehr bedeutenden Nebenkosten, so daß viele Klassenkranken nicht — wie gewöhnlich angenommen wird — eine reiche Einnahmsquelle für das Krankenhaus darstellen, sondern dasselbe im Gegenteil sehr erheblich belasten; als interessante Bestätigung für diese Behauptung mag angeführt werden, daß aus der Herne einreisende Besucher von auf der Klassenabteilung verpflegten Kranken oft den Wunsch äußern, ihnen die Aufnahme auf die Klassenabteilung zu gestatten, da die Ausgaben in einem Hotel höher kämen.

Unsere Ausführungen erweisen die große Rückständigkeit unseres Spitalwesens; aus ihnen ergibt sich eine schwere Benachteiligung unserer Bevölkerung, die das Recht auf eine den Fortschritten der Jetztzeit entsprechende gesunderliche Versorgung hat. Längst schon erwarten die Fachkreise und die Bevölkerung eine von den verantwortlichen Personen stammende Darstellung über die Pläne für die Weiterentwicklung des Krankenhauses in diesem Lande oder, richtiger gesagt, eine Verteidigung des mit so vielen Unzulänglichkeiten behafteten jetzigen Zustandes.

Es besteht das krennende Bedürfnis nach einer öffentlichen Aussprache über diese Dinge.

An Verbesserungsvorschlägen, Eingaben und Wünschen, die sich aus humanen Erwägungen und Kenntnis der Leistungen modernen Krankenhauses ergaben, hat es nicht gefehlt; sie wurden nicht beachtet, oft ungern gesehen und ungerecht getadelt. Eine lobende Anerkennung fand nur das „billige“ Spital. Wir wissen wohl, daß verdienstvolle und erfahrene Persönlichkeiten an leitenden Stellen Verbesserungsvorschlägen ein warmes Interesse entgegenbringen, aber gegenüber der starren Finanzpolitik mächtiger bürokratischer Kreise nicht durchdringen können. Grundsätzlich wäre deshalb zu prüfen, ob nicht alle das Krankenhauses betreffenden Angelegenheiten in einem ärztlich geleiteten Ressort der Landesbehörde zu berechnen wären. Leider bringt auch ein großer Teil unserer Bevölkerung, unerfahren mit den Leistungen der modernen Medizin und der Entwicklung des Krankenhauses, einer nötigen Ausgestaltung nicht das gemündete Interesse entgegen und immer noch werden Wünsche nach Verbesserungen als nicht gerechtfertigter Luxus, ja als Humanitätsdefizit bezeichnet. Auch wir sind Gegner jedes Luxus im Krankenhauses, wenn wir als luxuriös jene Anschaffungen auffassen, deren mit unerbittlich hohen Kosten verbundene Erwerbung lediglich der Eucht entspringt, die Höhe der unbedingt nötigen und pflichtgemäßen Leistung durch ungeschickte Neuherstellungen zu verzieren.

Nie und nimmer darf aber zugegeben werden, daß das Wort Luxus dann in herabsetzendem Sinne gebraucht wird, wenn es gebildet wird, berechnigte Ansprüche der Bevölkerung auf eine der Jetztzeit entsprechende Versorgung in den Spitälern zu befriedigen.

Vor kurzer Zeit wurde über Vorschläge einer Reform unseres Krankenhauses berichtet, nach welchen beabsichtigt sein soll, in Böhmen vorläufig 10 große Landeskrankenhäuser zu errichten. Wenn wir auch die endliche Erwägung von Reformvorschlägen begrüßen müssen, so halten wir doch die Absicht einer Uebernahme des Krankenhauses aus der Verwaltung der Städte und Bezirke in die Hand des Staates oder Landes für ungerechtfertigt und schädlich; für ungerechtfertigt deshalb, da nicht Unzulänglichkeit der Bezirke, sondern Mangel an Interesse und Förderung seitens des Staates zur Rückständigkeit unserer Spitäler geführt hat; für schädlich, weil Bedeuten, Weiterentwicklung und Decker Wettbewerb der durch Zusammenwirken humanitärer Bestrebungen und ärztlicher Kunst aufwärtsstrebenden Anstalten durch Schädlich-

fierung und Bevormundung ersticht werden müssen).

Es muß die Aufgabe der Städte bilden, für die volle Ausgestaltung ihrer Spitäler nach den verschiedenen lokalen Bedürfnissen und Eigenheiten zu sorgen und ihren Betrieb nach modernen Grundsätzen durchzuführen; der staatlichen Aufsicht muß es obliegen, nach der entsprechenden, dringend nötigen Änderung veralteter gesetzlicher Bestimmungen die Grundlagen für Bau, Einrichtung und Betrieb der Anstalten festzusetzen und die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu überwachen.

Die erste Aufgabe der zu erfassenden Spitalreform muß darin bestehen, daß auf Grund eingehender Beratung zunächst eine volle Einigung über die Ansprüche zustande kommt, welche die Bevölkerung an die Krankenhäuser zu stellen berechtigt ist.

Diese Beratungen, in welchen ärztliche Fachleute das ausschlaggebende Urteil abgeben müssen, werden die Richtlinien für die Ausgestaltung des Spitalwesens ergeben, deren Kern die Schaffung von Großkrankenhäusern nach den früher besprochenen Gesichtspunkten bilden wird; als selbstverständliche Folge dieser Beratungen wird sich weiter die Feststellung des Existenzminimums für ein gedeihliches Wirken der Anstalten ergeben.

Diese Reformpläne lassen aber die dringliche Forderung nach einer sofortigen Verbesserung der Spitalverhältnisse nicht ruhen. Die Inangriffnahme der in unseren Ausführungen angeführten dringenden Reformen, vor allem die ausgiebige Schaffung von Fachabteilungen und Profektoren, die Ermöglichung der Zuziehung von Fachärzten bei der Behandlung aller eine solche bedürftiger Kranken, die Einführung der sozialen Krankenhäuserfürsorge, die nötige Ausgestaltung der medizinischen Einrichtung, die Verbesserung der Krankenpflege, die Erhöhung der Anzahl der Schwestern und die Verbesserung der Entlohnung des Krankenhauspersonals darf nicht weiter hinausgeschoben werden.

Aber alle diese für die Allgemeinheit so wichtigen Reformen sind nur möglich, wenn die bisherigen, die wünschenswerte Entfaltung unserer Spitalwesens bedrückenden falschen Sparmaßnahmen aufgegeben und den Spitalern entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden. Eine Erhöhung der Verpflegssätze, die gesetzlich festzulegende Bezahlung der Spitäler auf Einhebung von Nebenkosten und ohne Beeinträchtigung der Autonomie zu gewährende höhere staatliche Zuschüsse sind nicht zu umgehen.

Es zeigt sich hier leider, daß unserer Verwaltung eine wesentliche Voraussetzung zur Erlangung des Zweckes fehlt: die Verwaltungseinheit des Kreises; hätten wir statt des lebensfähigen Landes Schichten ein Tausend Kreise, so könnte jeder von ihnen ein modernes und großes Krankenhaus haben! Die Not.

Das mährisch-schlesische Landesbudget abgelehnt.

Brünn, 27. Oktober. (Eigenbericht.) Der Abstimmung ging eine Debatte über das Kapitel „Investitionen“ voraus, in der Reichfuß (Deutschnationaler), Volny (tschechischer Agrarier), Genosse Schuster, der tschechische Genosse Tlapal und der Kommunist Kotas das Wort ergriffen. Nach dem Schlusswort des Finanzreferenten wurde das Budget angenommen.

Zu dem Kapitel „Investitionen“ führte Genosse Schuster unter anderem aus:

„Denn wir die Schaffung neuer Arbeitsplätze für öffentliche Arbeiten jederzeit begrüßen, stehen wir dem Investitionsvoranschlag mit größtem Mißtrauen gegenüber, denn da wir wissen, daß von dem großen Investitionsvoranschlag für das Jahr 1932 nur 16 Millionen tatsächlich aufbewahrt wurden, so können wir auch das vorliegende Budget, das Investitionen in einer Höhe von 20 Millionen vorsieht, nicht ernstlich annehmen. Die Landesverwaltung verlangt angesichts der wachsenden Arbeitslosigkeit, daß der Landesausdruck darlegt, wie er sich die Bewirtschaftung dieses Investitionsbudgets eigentlich vorstellt.“

Genosse Schuster bespricht hierauf kritisch die einzelnen Punkte des Voranschlags und begrüßt es, daß endlich größere Aufwände für die Krankenhäuser vorgesehen sind. Er protestierte jedoch dagegen, daß sich im allgemeinen eine aufstrebende Bevölkerung der deutschen Gebiete, die gerade am härtesten unter der Arbeitslosigkeit leiden, unterstützen läßt. Da außerdem noch die Gefahr besteht, daß bei Durchführung öffentlicher Arbeiten im deutschen Gebiet tschechische Arbeiterkräfte herbeigeholt werden, stellt er den Antrag, zur Durchführung dieser Arbeiten in erster Linie die ortsanlässige Bevölkerung heranzuziehen. Nachdem der Referent noch den zahlenmäßigen Nachweis erbracht hatte, daß der Voranschlag von der Bürokratie ohne die notwendigen Kenntnisse des staatlichen Budgets zusammengestellt worden ist, schloß er:

„Wir werden gegen diesen Voranschlag stimmen als Protest gegen das Zynismus und die schwere Benachteiligung, die es der deutschen Arbeiterschaft in sozialer und nationaler Beziehung gebracht hat.“

Dem Präsidium wurde nach der Abstimmung verfaßt, die Tagung trotz der vielen noch zu erledigenden Vorlagen heute zu beenden. Wegen mangelnder Präsenz mußte aber dann die Tagung wegen des morgigen Staatsfeiertages unterbrochen werden und Donnerstag werden die Beratungen über die noch zu erledigenden Vorlagen fortgesetzt werden.

Deutschland verlangt Revision des Young-Planes.

Berlin, 27. Oktober. (Eigenbericht.) Die Reichsregierung will in den nächsten Tagen gemäß Artikel 119 des Young-Planes die Einberufung des beratenden Sonderausschusses für internationale Zahlungen beantragen. Sie geht dabei von der Auffassung aus, daß die französisch-amerikanischen Verhandlungen ihr die Möglichkeit gegeben haben, die Frage der Reparationen auf neue Grundlagen zu stellen.

Man nimmt an, daß eine Verlängerung des Feierjahres für Reparations- und Schuldentzahlungen nicht beabsichtigt sei, daß dagegen auf Grund der Bestimmungen des Young-Planes die Erörterungen über die Reparationsfrage zwischen den europäischen Mächten begonnen werden wird.

Man glaubt hier, daß es möglich wäre, durch die bevorstehende Verhandlungen eine für Deutschland günstige Revision des Young-Planes herbeizuführen.

Mit dieser Meldung stimmt eine Meldung des Wolff-Berreters aus New York überein, wonach ihm von maßgebender Stelle betont worden sei, der wichtigste Punkt der Unterredungen mit Laval sei die Diskussion von Mitteln und Wegen, wie man Deutschland helfen könne. Es habe sich als am praktischsten herausgestellt, das Problem durch die im Youngplan vorgesehene Maschinerie anzupacken. Je eher das geschehe, desto besser sei es.

Eine Welt-Reparationskonferenz.

Paris, 27. Oktober. Nach Gerüchten aus amerikanischer Quelle, die der „New York Herald“ wiedergibt, soll Ministerpräsident Laval sofort nach seiner Rückkehr beabsichtigen, die französische Regierung um die Ermächtigung zur Einberufung einer Konferenz der an der Reparationsfrage interessierten Nationen einschließlich Deutschlands zu ersuchen. Aufgabe dieser Konferenz würde es sein, über die Möglichkeit einer weiteren Reparationsherabsetzung zu entscheiden und einen neuen Zahlungsplan vorzubereiten, der dem Präsidenten Hoover als Ersatz für das am 1. Juli 1932 ablaufende Moratorium zur Begutachtung unterbreitet werden könnte. Diese Weltkonferenz würde nach allgemeiner Ansicht in Paris Ende November oder Anfang Dezember zusammentreten.

Ueber Drest-Eitowst darf nicht gesprochen werden!

Warschau, 27. Oktober. Am zweiten Verhandlungstag im Prozeß gegen elf frühere Führer des oppositionellen Parteienblocks „Centro-Linke“ wurde als erster der sozialistische Abgeordnete Dr. Lieberman einvernommen, der erklärt, nicht schuldig zu sein. Er habe die Regierung Pilsudski nur auf parlamentarischen Boden und mit legalen Mitteln zu stürzen versucht und sich an keinem Attentatsversuch oder Revolutionstakt beteiligt. In seinen weiteren Aussagen

konstatierte der Angeklagte, daß er während seiner Haft im Drestler Militärgefängnis gefoltert, mißhandelt und blutig geschlagen worden sei.

Darüber habe auch der Vorsitzende der sozialistischen Internationale Vandervelde in seiner Proklama über die Behandlung der politischen Gefangenen in Drest gesprochen. Lieberman bezeichnete seine Behandlung im Militärgefängnis als Raube für seine seinerzeitige Anklage gegen die Regierung gegen den ehemaligen Finanzminister Gzochowicz vor dem Staatstribunal.

Der zweite Angeklagte Dubois behauptet gleichfalls, daß er im Drestler Militärgefängnis mißhandelt worden sei. Während seiner Aussagen erhebt sich der gleichfalls angeklagte sozialistische Abgeordnete Dr. Kierul (Che-

Was steht dahinter?

Das deutschnationalen „Nordböhmische Tagblatt“ in Leitfaden und dessen Ableger macht hierzulande die Politik der Deutschnationalen im Reich. Unentwegt bringt es Äußerungen und Berichte zugunsten der Jugendpartei, wobei es in erster Reihe stets gegen den — Marxismus geht.

Wer sind die Deutschnationalen im Reich, die sich beschönigend „Volkspartei“ nennen, um ihr eigentliches Wesen zu verbergen? Vorwiegend besteht ihre Reichstagsfraktion aus Großgrundbesitzern, zahlreichen hohen Beamten und vielen Unternehmern. Für das „Volk“ bleibt wenig mehr übrig: einige Hundert gelber Organisationen, Handwerker und — Pastoren.

Unter den führenden, deutschnationalen Politikern befinden sich folgende Adelige: Kurt Bismarck, v. Dewig, v. Dröbner, Graf zu Eulenburg, v. Frenthof-Voringshoven, v. Goldacker, v. Kemnitz, v. Krensch, v. Lindener-Wildon, Graf v. Meerfeldt, Freiherr v. Richtenhofen, Graf v. d. Schulenburg, Ehren-Freiherr v. Stauffenberg, v. Trepitz, Graf v. Westorp. So leben sie aus, die Leute von der Deutschnationalen „Volkspartei“, deren Vorkämpfer das „Nordböhmische Tagblatt“ in der Tschechoslowakei ist!

Die Erklärung, daß es sich ja um eine Partei handelt, die mit aller Kraft für die nationalen „Belange“ kämpft, ist nicht zutreffend. Denn die Deutschnationalen draußen im Reich sind vor allem eine kapitalistische Partei zur Wahrung der Geldsachinteressen. Ihre Einstellung gegen den Marxismus zeigt dies ja schon klar auf. Der Weg der Deutschnationalen ist ein Weg von Umfall zu Umfall, von Wortbruch zu Wortbruch, von Verrat zu Verrat. Einige Daten sollen das zeigen:

1. Gegenüber Republik und Verfassung Deutschlands haben sie noch im Dezember 1924 in ihrem Wahlkampf erklärt:

„Unsere Partei bleibt was sie war, monarchisch und völkisch, christlich und sozial. Wählt deutschnational, das ist Schwarzweißrot.“

Um in die Regierung zu kommen, haben sie in den Richtlinien die Rechtsgültigkeit der republikanischen Staatsform

anerkannt und unbedingten Schutz der Verfassung und der Reichsflagge gelobt. Auf ihren Antrag hin (Der Westarp) wurde ferner das Republikenschutzwort verlängert, das Wilhelm II. aus Deutschland verbannt.

2. Die Erfüllungspolitik haben sie aufs schärfste bekämpft, so lange sie in der Opposition waren. Am 29. August 1925 stimmten sie mit Ja für die Dawesgesetz, nachdem ihnen vier Ministerposten versprochen waren.

3. In der Verständigungspolitik erklärten sie die Locarnoverträge für untopbar. „Gegen ihren alten idealen Grundgedanken könne die Deutschnationalen Volkspartei niemals zugeben, daß das Diktat von Versailles freiwillig anerkannt würde.“ erklärte der Parteivorsitzende Winkler offiziell im Herbst 1925.

Um wieder in die Regierung zu kommen, unterzeichneten sie ein Jahr später die Richtlinien, worin die Rechtsgültigkeit des Vertragswerks von Locarno ausdrücklich anerkannt ist. Graf Westarp erklärte (Reichstag vom 1. Februar 1927), daß die Deutschnationalen sich nunmehr „das Ziel der friedlichen Verständigung zu eigen gemacht haben und zu eigen machen.“ Seit Eugen Bergs Parteiführer ist, klingt allerdings wieder anders, schon mit Rücksicht auf die starke Konkurrenz Hitlers.

Neue Herabsetzung der Beamtengehälter in Rumänien.

Bukarest, 27. Oktober. (O.A.) Unter dem Vorhitz des Königs fand in Sinaja ein Ministerrat statt, in welchem der Finanzminister die Gesetzentwürfe des Staatsvoranschlags für das Jahr 1932 erläuterte. Das Staatsbudget ist mit einem Defizit von rund 25 Millionen Lei präliminiert. Die Einschränkung der Ausgaben in sämtlichen Budgetkapiteln erreicht im Heeresbudget an 30 Prozent. Die Staatsangestelltengehälter werden wiederum herabgesetzt werden müssen.

anerkannt und unbedingten Schutz der Verfassung und der Reichsflagge gelobt. Auf ihren Antrag hin (Der Westarp) wurde ferner das Republikenschutzwort verlängert, das Wilhelm II. aus Deutschland verbannt.

2. Die Erfüllungspolitik haben sie aufs schärfste bekämpft, so lange sie in der Opposition waren. Am 29. August 1925 stimmten sie mit Ja für die Dawesgesetz, nachdem ihnen vier Ministerposten versprochen waren.

3. In der Verständigungspolitik erklärten sie die Locarnoverträge für untopbar. „Gegen ihren alten idealen Grundgedanken könne die Deutschnationalen Volkspartei niemals zugeben, daß das Diktat von Versailles freiwillig anerkannt würde.“ erklärte der Parteivorsitzende Winkler offiziell im Herbst 1925.

Um wieder in die Regierung zu kommen, unterzeichneten sie ein Jahr später die Richtlinien, worin die Rechtsgültigkeit des Vertragswerks von Locarno ausdrücklich anerkannt ist. Graf Westarp erklärte (Reichstag vom 1. Februar 1927), daß die Deutschnationalen sich nunmehr „das Ziel der friedlichen Verständigung zu eigen gemacht haben und zu eigen machen.“ Seit Eugen Bergs Parteiführer ist, klingt allerdings wieder anders, schon mit Rücksicht auf die starke Konkurrenz Hitlers.

Die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands steht im schärfsten Kampfe gegen diese von brutalsten Unternehmerrinstinkten geleitete Partei. Wenn diese jetzt besonders scharf gegen Erfüllungs- und Verständigungspolitik loszieht und hierfür immer wieder die Sozialdemokraten schuldig werden läßt, so weiß jeder Wissende, welche Demagogie dahinter steckt. Die meisten Leser des „Nordböhmischen Tagblatt“ merken es freilich nicht, was hinter der deutschnationalen Partei eigentlich steckt.

Abgelehnte Konkursöffnungen.

Vom Kreisgericht in Leitmeritz wurden die Ansuchen der Deutschen Volksbank für Böhmen um die Konkursöffnung über das Vermögen des Dirigenten Schade - Bodenbach, ebenso wie das Ansuchen eines Bodenbacher Depotinhabers bei der Deutschen Volksbank um Eröffnung des Konkursverfahrens gegen die Deutsche Volksbank abgelehnt.

An unsere Abonnenten und Kolporteur!

Infolge des Staatsfeiertages entfällt am Donnerstag, den 29. Oktober unser Blatt. Die nächste Folge unseres Blattes erscheint erst wieder am Freitag, den 30. Oktober. Die Verwaltung.

Die Kommunisten und die vormilitärische Erziehung.

Wie es in Rußland gemacht wird.

Obwohl zu wiederholtenmalen erklärt wurde, daß von einer Einführung der vormilitärischen Erziehung nicht die Rede sein könne, wollen die Kommunisten auf diesen Schloßer nicht verzichten und gebärden sich tagtäglich als die leidenschaftlichsten Pazifisten und Antimilitaristen. Nun haben sie zwar keinen Anlaß, hierzulande als Kämpfer gegen die vormilitärische Erziehung aufzutreten, denn wie gesagt, besteht bei der Regierung keine Absicht, sie einzuführen. Es lohnt sich aber doch, angesichts des großmütigen Geschehens der Herren Antimilitaristen einmal die Dinge in Rußland aufs Korn zu nehmen. Wir wollen uns dabei beileibe nicht an bürgerliche oder „sozialistische“ Angaben halten, sondern an das, was die Kommunisten von der Roten Armee erzählt haben.

Im März 1929 erschien eine Beilage der kommunistischen „Wörter: Der roten Armee revolutionäre Grüße!“ Aus ihr erfährt man folgendes:

In der Sowjetunion werden jährlich 1.200.000 Mann zum Heeresdienst eingeschoben.

Davon haben 800.000 aktiven Dienst zu leisten. 450.000 genießen die „reguläre“ Ausbildung.

Die Dienstzeit beträgt zwei Jahre.

„Zwei Jahre vor der Einberufung muß die Jugend im Alter von 19 bis 20 Jahre einen Vorbereitungskurs durchmachen.“

Diese Armee wird in derselben Beilage „verhältnismäßig klein“ genannt, ihre — zweijährige — Dienstzeit im Grunde als ungenügend hingestellt! Die militärische Ausbildung des Zivils wird aber außerdem von Vereinen betrieben, als deren bedeutendsten die Beilage den Osoavbriach (Freunde der Verteidigung und des wirtschastlichen Aufbaus — also mit anderen Worten: Verein für Luftkrieg und chemischen Krieg) ansieht. Er hat drei Millionen Mitglieder, über eine halbe Million Menschen sind in ihm „praktisch tätig“. Er verfügt über 9498 Militärschulen, 17.752 Militärschulen, 2518 Schießstände, 181 chemische Laboratorien.

In einem Punkt sind die Sowjets allen anderen Militärschulen voraus. Sie lassen, wie die Beilage, die zugleich zum Frauentag aufruft, voll Freude erzählt, den freiwilligen Kriegsdienst der Frauen zu. Schon heute stehen an zahlreichen militärischen Stellen Frauen. Im Kriegsdienst kann der Militärdienst der Frauen jederzeit obligatorisch eingeführt werden. Das Gesetz steht alles für diesen Fall vor. Man erzählt den Arbeiterinnen:

„Das Sowjetregime, das der alten Welt den Krieg angelegt hat, bricht auch mit den Traditionen der Bourgeoisie, die der Frau nur den Platz im trauten Heim anweist. Die Klassenbewußten Proletarierinnen, die jetzt zu Tausenden und Abertausenden an den Schießkursen teilnehmen, kämpfen für den Sozialismus mit der Waffe ebenso, wie sie es durch ihre Arbeit für den wirtschaftlichen Aufbau tun.“

Der Bolschewismus, der die vormilitärische Erziehung, die zweijährige Dienstzeit und den Schießunterricht für Frauen eingeführt hat, hat den Militarismus in Vereinen gepflegt, ist, wie man sieht, der berufene Vorkämpfer gegen die vormilitärische Erziehung in — den anderen Ländern! Nur daß es nicht leicht sein wird, die Bevölkerung eben dieser Länder von der friedlichen Mission des Bolschewismus zu überzeugen!

An alle unsere öffentlichen Funktionäre! Aus St. Joachimsthal werden wieder „Geschäftsordnungen für die Gemeindegewerkschaften“ verfaßt und den Gemeinden, Bezirkskommissionen für Kinderschutz und Jugendfürsorge usw. per Stück um 5 Kö zum Kauf angeboten. Wir haben bereits vor zwei Jahren mitgeteilt, daß es sich in diesem Falle um ein Plagiat handelt. Derselbe Geschäftsordnung wurde schon viel früher durch unsere Aufsicht Genossen angefertigt und auch einer Nummer der „Freien Gemeinde“ beigelegt. Diese Geschäftsordnung ist auch noch im Parteisekretariat in Prag II., Kelazanka 18, und in der Redaktion der „Freien Gemeinde“ zu haben. Unsere Genossen und Genossinnen werden ersucht, zu den Anträgen auf Ankauf der von Joachimsthal aus angebotenen Geschäftsordnungen entsprechend Stellung zu nehmen.

Der „Duch Casu“ für die Herabsetzung der Militärauslagen.

Eine tschechisch-sozialdemokratische Stimme.

Wie unsere Leser wissen, ist es nach zähem Kampfe den Vertretern der Sozialdemokratie in der Regierung heuer gelungen, in der Frage des Militärbudgets einen Durchbruch zu erzielen und eine Herabsetzung des nächstjährigen Voranschlags des Nationalverteidigungsministeriums um 90,5 Millionen durchzusetzen. In Wirklichkeit ist der Abbau des Militärbudgets noch beträchtlicher, wenn man bedenkt, daß durch eine Reihe neuer Gesetze der Staatsverwaltung und natürlich auch der Militärverwaltung bedeutende neue Verpflichtungen auferlegt wurden (13 Monatsgehälter usw.), die in dem herabgesetzten Budget ihre Deckung finden müssen und damit eine weitere wesentliche Kürzung der eigentlichen Militärausgaben bedingen. In dem Betrag von 90,5 Millionen kommen auf diese Weise weitere 62,5 Mill., so daß die Gesamtkürzung eigentlich 153 Millionen oder mehr als 10 Prozent beträgt.

Das Leitende Organ der tschechischen Genossen befaßt sich mit dieser Frage und führt darüber Beschwerde, daß gleich nach Bekanntwerden der Nachricht Arbeiterdeputationen im Parlament erschienen seien und die Aufrechterhaltung des Gesetzesvoranschlags in der vollen Höhe verlangt hätten. Der „Duch Casu“ schreibt: „Entweder sind wir als Sozialdemokraten gegen die Aufrüstung oder wir sind dafür, daß Alles beim Alten bleibt, daß weiter gerüstet wird, und daß einmal in der Zukunft wieder Krieg geführt wird. Es ist wahr, daß es heute niemandem angenehm ist, die Arbeit zu verlieren. Aber die in den Munitionswerken beschäftigten Arbeiter mögen bedenken, daß es immer angenehmer ist, nur um die Arbeit als in einem zukünftigen Kriege ums Leben zu kommen.“ Das Blatt verweist dann auf die übermäßige Größe der tschechoslowakischen Armee. In der Tschechoslowakei entfällt auf 116,6 Einwohner ein Soldat, im Vorkriegs-Deutschland auf 113, im ehemaligen Oesterreich erst auf 125. Wörtlich schreibt das Blatt: „Die Tschechoslowakei ist also militäristischer als das ehemals so militaristische Oesterreich.“

Internationale Devisenkontrollierung in Prag.

Beginn am 3. November.

Prag, 27. Oktober. (EPA.) Der Verwaltungsrat der Bank für internationalen Zahlungsausgleich hat in seiner letzten abgehaltenen Sitzung die Leitung der Bank ermächtigt, mit den Nationalbanken der mitteleuropäischen Länder in Verbindung zu treten, um festzustellen, ob diese Banken an einer Zusammenkunft zum Zwecke der Erörterung der bestehenden Devisenvorschriften und der Ausführungsbestimmungen Interesse hätten. Es ist festgestellt worden, daß solche Erörterungen nicht allein für die Zentralbanken der Länder, in denen eine Devisenkontrolle eingeführt worden ist, von Interesse wäre, sondern auch für die anderen Zentralbanken, deren Märkte in engen Handelsbeziehungen mit Ländern stehen, welche die Devisenkontrolle eingeführt haben. Es ist infolgedessen beschlossen worden, eine inoffizielle Sitzung der Devisenachverständigen der internationalen Zentralbanken zusammen mit den Vertretern der Bank für internationalen Zahlungsausgleich abzuhalten. Die Sitzung wird am Dienstag, den 3. November in Prag beginnen. Die nächste Sitzung des Verwaltungsrates findet am 9. November statt.

Die Affäre Bojar zieht weitere Kreise.

Selbstmord des Ing. Karafel-Staab.

Aus Staab kommt die Meldung, daß sich in der Nacht von Montag auf Dienstag Ing. Karafel, Straßenmeister des Bezirkes Mies, durch einen Revolvererschuß das Leben genommen hat.

Der Selbstmord Karafels steht in engem Zusammenhang mit der Veruntreuung des Rates Bojar, über die wir erst vor kurzem berichtet haben. Karafel war der nächste Freund Bojars und er war auch Kompanion bei der Beton- und Warenauslieferung Bojars. Karafel hat auch bei der Verbesserung seines Freundes mitgewirkt und die von ihm dabei gemachten Äußerungen stehen dem Verdacht laut werden, daß er mit der Unterschlagung irgendwie verwickelt sein müsse. Dieser Verdacht erscheint nun auch gerechtfertigt. Es ist höchst wahrscheinlich, daß sich Karafel unter dem Eindruck der am Montag stattgefundenen Sitzung der Bezirksverwaltung Mies erschossen hat. In dieser Sitzung wurde über die Desaffondation Bojars verhandelt, wobei Genosse Schwanndner auch die Anfrage stellte, ob der Bezirksstraßenmeister Ing. Karafel nebenbei auch als Zivilgenosse wirken dürfe. Die Sitzung ergab nichts wesentlich Neues über die Affäre.

Der Austritt der „Jednota“.

In der Sitzung des Vorstandes der koalitierten Bergarbeiterverbände, die unter Ausziehung von Vertretern aus dem nordwestlichen Braunkohlengebiete Dienstag in Prag stattfand, wurde der Austritt der tschechisch-nationalsozialistischen „Jednota“ in Brüx zur Kenntnis genommen. Diese Angelegenheit sowie die Verhältnisse im Braunkohlenrevier überhaupt werden Gegenstand einer gemeinsamen Konferenz der koalitierten Bergarbeiterverbände sein, die für den 15. November nach Brüx einberufen wurde.

Die Massen werden auf die Schlachtbank geführt.

Aus der Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Im Verlag J. H. W. Dietz, Nachfolger, Berlin, ist dieser Tage ein Buch des ehemaligen Kommunisten W. Jentschke „Im Dienste der kommunistischen Terrororganisation (Tscheka-Arbeit in Deutschland)“ erschienen, das in spannender Art die Veranschlagungsarbeit der Kommunisten in den Jahren 1923 und 1924 schildert. Nachstehend bringen wir eine Probe: Der 1. Mai 1924.

Das Parteiverbot war aufgehoben worden. In drei Tagen sollte die Wahl zum Reichstag stattfinden. Das politische Leben stand im Zeichen der Hochspannung. Die kommenden Tage mußten zeigen, ob die Regierung stark genug war, die politische Stabilisierung und damit den Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft durchzusetzen, oder ob die radikalisierten Teile der Arbeiterschaft den Staat ernsthaft erschüttern und in der Folge stürzen konnten. Der traditionelle Feiertag der Arbeiterschaft wurde mit gespannter Erregung erwartet. Die SPD hatte, um der Regierung erneute Schwierigkeiten zu ersparen, Straßendemonstrationen abgesetzt und wollte sich auf geschlossene Sozialversammlungen beschränken. Nun sah alles auf die KPD, die offen ankündigte, daß sie trotz Verbot im Lustgarten demonstrieren wolle. Von der Polizei waren umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden. Alle Zugangsstraßen zum Lustgarten waren mit starken Kommandos besetzt. An den Sammelpunkten für die Demonstration standen gruppenweise Polizisten, um jeden Versuch zum geschlossenen Aufmarsch im Reine zu ersticken. Die Zentrale der KPD hatte für ihre Gefolgschaft scharfe Anweisungen herausgegeben. Die gesamte M. D. war aufgegeben worden. Die Terrorgruppe wurde aufgeteilt. Jedes ihrer Mitglieder erhielt die Führung über eine Gruppe von 8 bis 9 Mann aus jungen, entschlossenen Mitgliedern der M. D. Diese Truppen sollten der Demonstration den Weg bahnen. Alle waren mit den neuen Aluminiumbomben ausgerüstet. Der Plan war einfach genug: Die M. D. sollte die Spitze des Zuges nehmen, flankiert von den Bombengruppen. Beim ersten Angriff der Polizei sollten die Gruppen schießen, um einen Zwischenraum zwischen der Demonstration und der Polizei zu schaffen und dann die Bomben schleudern.

Burmeister und die Russen wandten sich mit Händen und Füßen gegen einen solchen Wahnsinn. Vergebens wiesen sie darauf hin, daß die Bomben der ihrer furchtbaren Wirkung nicht nur die Polizisten, sondern auch die M. D. und die Demonstranten treffen müßten. Vergebens verlangten sie die Bewaffnung der genannten M. D. mit Pistolen, um durch Massenfeuer die Polizei schnell niederzukämpfen und Verstärkungen von der Demonstration fernhalten zu können. Sie wehrten sich auch gegen den Lustgarten als zentralen Demonstrationspunkt, da dieser durch relativ geringe polizeiliche Kräfte umschlossen und die Massen durch wenige geschickt aufgestellte Maschinengewehre in Schach gehalten werden konnten. Aber sie konnten nicht durchdringen gegen Ruth und Teddy, die sich auf die Bomben verließen. Teddy hatte nun ein Argument gegen alle Vernunftgründe, an dem er hartnäckig festhielt: „Wir müssen diese Demonstration ganz russisch machen.“

Womit er anscheinend die Bomben meinte. Am Morgen des 1. Mai sammelten sich schon frühzeitig überall größere Menschenmengen. Das Wetter war ausgezeichnet, die Stimmung glänzend, die Beteiligung schien außerordentlich groß zu werden. Alle Vorbereitungen für eine wirkliche Massendemonstration waren erfüllt. Die Polizei verhielt sich zunächst noch zurückhaltend, auch dann noch, als die Menschenmassen immer mehr anwuchsen und schließlich an den einzelnen Sammelpunkten nach Tausenden zählten.

Landwirtschaft und Bierzinstundenwoche

Der unbegreifliche Landeskulturrat.

So oft ein sozialpolitisches Gesetz angekündigt wird, kann man sich darauf freuen, daß die deutsche Sektion des böhmischen Landeskulturrates an der Spitze der Protestler aufmarschiert. So war es bei der Vorlage über die Regelung der Arbeitsvermittlung, so wiederholt es sich beim Entwurf des Fürsorgeministeriums betreffend die Einführung der Bierzinstundenwoche. Nach Zeitungsmeldungen strebt die deutsche Sektion an, daß die Landwirtschaft von der geplanten Verfüzung der Arbeitszeit ausgeschlossen wird. Ueber diesen Punkt wird ja noch gesprochen werden, denn es hat ja auch niemand die mechanische Anwendung des Achtstundentages auf die Landwirtschaft geordert. Kennzeichnend für den reaktionären Geist dieser angeblich unpolitischen Körperschaft ist aber folgender Teil der Meldung:

„Das Internationale Arbeitsamt in Genf hat vor kurzer Zeit die internationale Regelung der 40-Stunden Woche abgelehnt. Schon aus diesem Grunde erscheint dem Landeskulturrat die Gesetzesvorlage in der Tschechoslowakei unbegreiflich.“

Dazu wäre zu sagen, daß noch viel unbegreiflicher als die betreffende Gesetzesvorlage die

Ruth vor 9 Uhr erschienen die Bombengruppen auf dem Plan. Jeder Mann hatte zwei Bomben von je einem Liter. Sie stellten sich unauffällig an den Ausfallstraßen, dort, wo die Demonstranten vorstoßen sollten, auf. Punkt 9 Uhr setzte ein Schießen in der Masse ein. Alles drängte nach den Straßen, an denen die Bombengruppen standen: Der Zug formierte sich, die M. D. war an der Arbeit. Die Arbeiter schlossen sich an und wie auf Kommando sang die Internationale an den Häuserwänden empor. Die Demonstration hatte begonnen. Die Polizei war in allen Stadtteilen ganz nach hinten gedrängt worden, als die Demonstration sich formierte. Sie machten nirgendwo den ausichtslosen Versuch, die Demonstration von hinten anzugreifen und aufzutrollen, sondern eilte im Sturmschritt durch Nebenstraßen vor, um der Spitze den Weg abzuschneiden.

Burmeister hatte die Leitung, der Bombengruppe bei der Zünderdemonstration selbst übernommen. Die Polizei griff hier erst verhältnismäßig spät an, erst kurz vor der Leipziger Straße, also nach dem Lustgarten. Die stärksten Kräfte wurden aber nicht, wie von Burmeister und der Partei erwartet, der Spitze entgegengeführt. Die Polizei griff den Zug vielmehr in seiner ganzen Länge an und versprengte ihn weitgehend. Überall aus den Nebenstraßen brachen die Polizisten vor und trieben die Demonstranten mit dem Gummiknüppel auseinander. An der Spitze traten nur geringe Polizeikräfte auf, mit denen die M. D. ohne Anwendung von Waffengewalt leicht fertig geworden wäre. Aber hinten im Zuge waren die Arbeiter sich selbst überlassen, alle aktiven Kräfte waren vorn an der Spitze und konnten den Massen nicht Halt und Führung bieten, die rat- und hilflos den Polizeikraften ausgeliefert, sich schnell zerstreuen ließen und enttäuscht auf den Gehsteigen herumstanden. So ergab sich schließlich das Kuriosum, daß die entschlossensten Teile der Demonstration, ein Häuflein von einigen hundert Mann, ungehindert vormarschieren konnte bis fast zum Lustgarten, aber ohne Massen.

An der Leipziger Straße trafen sie auf eine starke Kette von Schappolizisten. Sie hätten diese Absperrung angreifen können, mit den Bomben wären sie schon durchgekommen, aber das wäre eine Meuterei ohne jeden politischen Sinn gewesen. Es standen keine Massen mehr bereit zu demonstrieren gegen Regierung und Kapitalismus. Die Straßen waren nur umfüllt von Menschen, die sich das Schauspiel eines großen polizeilichen Aufgebotes ansehen wollten. Die Demonstration, die so hoffnungsvoll und ausdauernd begonnen hatte, endete geradezu schamlich. Die Polizei konnte mit Recht behaupten, daß sie ohne vorläufige Anwendung von Waffengewalt Herr der Lage geblieben war. Burmeister sammelte seine Bomben wieder ein und ging nach Hause. Die Partei war geschlagen worden auf der Generalsprobe.

Ruth tobte, sie erging sich in einer Versammlung der M.-Führer und Terrorgruppen in einer Schöneberger Schule in wütenden Beschimpfungen der Parteimitgliedschaft wie der M. D. und der Bombengruppen. Dabei war sie klug genug, Burmeister persönlich nicht für das „Verloren“ verantwortlich zu machen. Die anderen Zentralmitglieder lachten sich heimlich ins Häuflein über das Verloren des Plans von Ruth, Teddy und Rage. Sie gönnten ihnen diese Niederlage. Wer sie hatten gar keine Ursache dazu, denn das Kleeblatt war im Grunde genommen heilfroh über den friedlichen Verlauf des 1. Mai. Sie konnten vor der Exekutive für sich in Anspruch nehmen, alles getan zu haben, um die Demonstration gewaltsam durchzuführen. Wenn die Parteimitgliedschaft und die M. D. Verloren hatte, so war das nicht ihre Schuld. Sie hatten den Beweis erbracht, daß sie gewillt waren, die Partei „russisch“ zu führen.

Das Landeskulturrates in allen sozialen Fragen ist. Auf einmal ist die Haltung der Unternehmervertreter beim Internationalen Arbeitsamt für die Herren Windisch und Meißner oberstes Gesetz. Das Vernehmen des Fürsorgeministers um Verfüzung der Arbeitszeit ist ihnen „unbegreiflich“, obwohl durch die Einführung der Bierzinstundenwoche hunderttausende Arbeiter wieder in den Produktionsprozess zurückgeführt und dadurch aus Bettlern zu Konsumenten gemacht werden könnten. Von dem Vorteil, den daraus gerade die mit Abwischwierigkeiten ringende Landwirtschaft ziehen würde, haben die wackeren Landeskulturräte nichts begriffen. Sie zerbrechen sich auch nicht die Köpfe darüber, was aus dem ländlichen Nachwuchs werden soll, wenn durch den Fortschritt der Maschinentechnik immer mehr Hände freigesetzt und der Menschenüberschuß in Stadt und Land ständig vergrößert wird. Daran, daß auch die Kinder der Kleinbauern und Häusler einen Arbeitsplatz brauchen und ihn nur finden können, wenn durch Arbeitszeitverfüzung die drohende Dauerarbeitslosigkeit bekämpft wird, denken diese patientieren Vertreter der Landwirtschaft überhaupt nicht. Sie leben die Dinge nur vom englischen Unternehmerstandpunkt an und lassen lieber die Menschheit vor die Hunde geben, bevor sie sich zu neuen sozialen Lösungen entschließen.

Unbegreiflich — aber wahr!

Tagesneuigkeiten

Blinder Haß bis über den Tod hinaus.

Man ist es gewohnt, daß die Hakenkreuzler alles verunglimpfen, was jüdisch oder sozialdemokratisch ist. Sie sprechen und schreiben sehr viel darüber, daß nicht die Masse, sondern Individualitäten zur Entscheidung über wichtige Angelegenheiten der Nation und der Wirtschaft herangezogen werden sollen, erkennen aber nur diejenigen als Individualitäten an, die das Mitgliedsbuch der Partei in der Tasche haben. Ihr politisches Wachstum erlaubt es ihnen auch, weniger zurückhaltend zu sein als früher und so kann man sich wiederholt davon überzeugen, wie es aussehen würde, wenn die Hakenkreuzler jemals zur Macht kommen sollten.

Was sie sich z. B. anlässlich des Todes Arthur Schnitzlers geleistet haben, ist tief beschämend. Arthur Schnitzler war Jude und Dichter. Nicht der Dichter des Proletariats, kein intimer Freund der sozialdemokratischen Partei, sondern der Dichter der herrschenden Klasse, der mit der alten Generation und Herrschaft verachsen war. Dennoch war er ein Dichter mit der besonderen Gabe, in die Tiefen und in die Zukunft zu sehen, ein Dichter voll Feinheiten und Würde. Wer die vielen Werke seines reichen Schaffens kennt, der liebt manches von ihnen immer wieder und erbaunt sich daran. Seine Novelle „Derben“, die man wehmütig ergreift, sein Drama „Liebeslei“, das uns in kleinbürgerliche Umgebung führt, sind Meisterwerke eines fühlenden Menschen. Und wer würde nicht in „Freiwillig“, „Deutnant Gustl“ oder „Reigen“ tiefinnerstes, reinstes Erleben, wahrhaftigste Schilderung finden? Wer muß sich nicht vor dem großen Denker, der mit überpersönlichem Seherblick das Treiben der Menschen in Familie und Gesellschaft schildert, in Hochachtung beugen, wenn er seine Werke „Fräulein Else“, „Therese“, „Gasanovas Heimkehr“, „Professor Bernhardi“ und das „Weiße Land“ kennt? Soll man bei einem Menschen, der uns alle in so reichem Übermaß, nach Abstammung und Volkszugehörigkeit fragen? Arthur Schnitzler wird von der Kulturwelt anerkannt. Seine Werke nehmen in der deutschen Literatur und Dichtkunst einen Ehrenplatz ein. Der ehemalige Präsident der Preussischen Akademie der Wissenschaften Walter von Meißner schrieb über Arthur Schnitzler schon bei dessen Lebzeiten:

„Ein Dichter von Anstand und Würde, ein Erzheld ohne laute Worte, ein vorbildlich anhänglicher Charakter, den eigentlich sein ganzes Leben hindurch nur das Problem des Todes, den wir alle sterben müssen, interessierte, der alles von diesem Standpunkt aus zart und traurig-ironisch betrachtete.“

Und über diesen Mann, der vor ein paar Tagen in einer gewöhnlichen Poliklinik auf dem Wiener Zentralfriedhof, unter großer Beteiligung der Kunstlerwelt und Vertreter aller Korporationen beerdigt wurde, schreibt das Blatt unserer Hakenkreuzler, der „Tag“:

„Wissen Sie schon, daß der Jude Arthur Schnitzler am Mittwoch in Wien einem Schlaganfall erlegen ist? Er war ursprünglich Militärarzt, machte jedoch nach der Publikation seiner Novelle „Deutnant Gustl“ im Jahre 1900 seinen Dienst quittieren. Er widmete sich der Literatur und schrieb dann eine ganze Anzahl von Bühnenstücken, dramatischen Dialogen, Novellen sowie Romanen. Einige Bühnenstücke wurden auch aufgeführt, doch fanden sie wegen ihrer Reichheit und verzerrenden Tendenz bei dem deutsch fühlenden Publikum abschiedene Ablehnung. Wir erinnern hier nur an „Der Reigen“.“

Wer sich nicht schämt, der kann sich zu diesem „deutschfühlenden Publikum“ zählen! R. P.—Jl.

Ziehung der Klassenlotterien

Gestern wurden kurz nach Beginn der Ziehung innerhalb fünf Minuten die zwei Haupttreffer gezogen. Der Millionentreff: entfiel auf sechs Spieler, die sich in das Los Nr. 3438 geteilt haben, der zweite Haupttreffer von 300.000 Kronen fällt zur Hälfte einem Apotheker zu, während sich in die zweite Hälfte des Loses Nr. 7728 acht Personen teilen. Die glücklichen Gewinner leben in Nordböhmen Gezozen wurden:

| | |
|--------------|--|
| 1.000.000 K: | 3438. |
| 300.000 K: | 7728. |
| 20.000 K: | 46.623. |
| 10.000 K: | 47.083. |
| 5.000 K: | 1240, 2338, 5902, 11.443, 25.291, 39.347, 43.241, 62.822, 63.009, 78.506, 90.185, 90.646. |
| 2000 K: | 91, 723, 1142, 1601, 2633, 3221, 3903, 3939, 4626, 5534, 6983, 9041, 12.500, 14.921, 15.246, 19.422, 19.598, 20.116, 20.447, 21.122, 27.116, 27.654, 29.289, 30.500, 30.839, 32.537, 33.058, 33.968, 36.609, 41.315, 41.697, 43.787, 44.713, 45.202, 46.445, 48.173, 49.677, 49.980, 50.324, 51.109, 52.160, 52.734, 53.546, 53.731, 54.076, 55.789, 57.828, 62.060, 67.392, 71.431, 72.470, 73.811, 74.766, 75.491, 77.952, 82.000, 88.185, 83.706, 84.678, 86.225, 87.576, 87.331, 90.532, 92.426, 92.947, 95.473, 98.127, 99.432. |
| 1200 K: | 716, 3105, 3564, 4161, 4431, 5495, 6114, 6320, 6369, 6409, 6586, 6801, 7344, 7399, 8903, 10.101, 11.221, 11.387, 12.000, 12.581, 12.644, 14.252, 14.314, 14.913, 15.701, 15.728, 16.228, 19.015, 19.895, 20.467, 22.391, 23.657, 26.906, 28.002, 28.074, 28.321, 29.812, 30.729, 30.745, 31.247, 31.663, 32.520, 33.311, 35.563, 35.672, 36.132, 37.308, 37.887, 38.163, 38.545, 40.033, 41.102, 42.226, 42.854, 43.096, 43.932, 44.784, 45.893, 49.090, 49.909, 51.589, 51.797, 51.808, 52.260, 52.643, 52.820, 55.005, 56.340, 59.623, 59.756, 60.500, 61.105, 61.173, 61.975, 62.142, 62.509, 63.261, 63.458, 63.634, 64.481, 65.932, 66.279, 66.545, 66.612, 68.114. |

68.204, 69.543, 71.322, 72.882, 73.236, 73.826, 74.103, 74.211, 74.456, 74.925, 75.465, 76.508, 76.914, 80.341, 80.463, 80.826, 82.237, 83.296, 83.520, 84.200, 85.594, 86.416, 89.141, 89.157, 89.629, 92.244, 93.523, 93.738, 94.550, 94.592, 94.801, 94.929, 96.050, 96.874, 97.237, 99.229, 99.299.

Der Tag der Entösterreicherung. Nun sind es also schon 13 Jahre, seit das alte Österreich zusammengebrochen ist; denn tatsächlich war der 28. Oktober der Sterbetag der Monarchie. Da ihr mit den böhmischen Ländern die weitestläufige Voraussetzung zum Weiterbestand genommen wurde. Ohne die südslawischen, polnischen und rumänischen Gebiete hätte Österreich als Rumpfstaat weiterbestehen können. Als die böhmischen Länder ansprachen, war es aus mit dem Reich, das seit nahezu 400 Jahren auf den drei Säulen Böhmen, Österreich, Ungarn geruht hatte. Das die Zerstückung des großen Wirtschaftsgebietes den Erben wenig Nutzen bringen würde, das haben die informierten Menschen wohl schon 1918 gewußt. Wie sehr die natürlichen Kräfte der neuen Staaten durch die Nachkriegsorgen vergrößert werden würden, das konnte man damals kaum ahnen. Heute hatten wir dabei, daß zwei der Nachfolgestaaten, Österreich und Ungarn, im Dauerbankrott vegetieren, zwei andere, Rumänien und Jugoslawien, nicht nur wirtschaftlich von schweren Krisen heimgesucht, sondern auch als Nachbarn von überlegenen Großmächten weit weniger gesichert erscheinen als es Serbien und Kleinarmanien oder die südslawische und rumänische Nationalität ebendamals waren. Aber mit all dem haben sich Millionen abgefunden in der Hoffnung, daß die neue Zeit die „Entösterreicherung“ bringen würde. Was an dem alten Staate faul, unmoralisch, schändlich war, das sollte mit ihm verjungen sein. — Leider war gerade diese Hoffnung trügerisch. Wenn wir am Vorabend des 28. Oktober lesen müssen, daß ein Soldat sich aufhängt hat, weil er von einem Leutnant trotz flehentlichster Bitten wegen Nichtgrüßens angegriffen wurde und keinen Kompagniekommandanten (allem Anschein nach einem der in der ganzen Armee gehaßten und gefürchteten ehemals zaristischen Offiziere) mehr fürchtete als den Tod, so ist das leider ein symptomatischer Beweis dafür, daß wir es mit der Entösterreicherung in 13 Jahren nicht weit gebracht haben. Und was die Moral oder Unmoral Österreichs betrifft — sind wir angehängt der 50.000 für Stridbrun abgegebenen Stimmen berufen, den moralischen Richter zu spielen? Sind wir auf dem Gebiete der Rationalitätsfrage einen Schritt weiter gekommen? Wir haben deutsche Minister — Österreich hatte wiederholt auch tschechische. Spricht nicht hundertzehnjährig aus der Prager Boulevardpresse der Geist des Hoffes, der Dummheit, der rohen Gewalt? Der Tag der Entösterreicherung zeigt leider eine traurige Bilanz mit sehr bescheidenen Aktiven!

Opfer der Arbeit. In dem durch Rauch einer Lokomotive verdunkelten Giersbergertunnel bei Eitzen in Westfalen stieß eine mit zwei Bahnbeamten besetzte Drahtseilbahn in voller Geschwindigkeit auf einen im Tunnel haltenden Güterzug. Beide Beamten wurden schwer verletzt; ihr Zustand ist sehr bedenklich. Die Drahtseilbahn ist vollkommen zertrümmert.

Erfolg für Vitamine C? Der norwegische Chemiker Ottar Røhge in Stavanger soll auf künstlichem Wege Stoffe mit der Wirkung des Vitamins C hergestellt haben. Vitamine sind wichtige Bestandteile verschiedener Nahrungsmittel und für den menschlichen Stoffwechsel unentbehrlich. Das Fehlen von Vitaminen kann sogenannte „Mangelkrankheiten“ zur Folge haben; durch Mangel an Vitamin C, das sich u. a. sehr reichlich in Zitronen findet, entsteht z. B. hässlich skorbut. Im übrigen weiß man über chemischen Aufbau und Wirkungsweise der Vitamine nur wenig. In Schweden wurde bereits eine Gesellschaft gegründet, die sich die praktische Verwertung der Røgh'schen Entdeckung zur Aufgabe gemacht hat.

Streik der Golljungen. Mehr als 100 Golljungen traten in El Paso in Texas in Streik und verlangten höhere Entlohnung von den zahlreichen Gollclubs, in denen sie angestellt sind. Es kam zu großen Schlägereien zwischen den Streikern und Streikbrechern, die sich sofort in großer Zahl eingefunden hatten.

Leidenschaft in erbrochener Gruft. Aus Neustadt-Strausnitz bei A. Leiba wird uns gemeldet: Ende der vergangenen Woche entfernten Götter nicht angeführte Individuen in nächstlicher Stunde auf dem Friedhofe von Neustadt die schwere Steinplatte von der Gruft der Hochadelnfamilie Wölke und stiegen mittels einer mitgebrachten Leiter in den Aufbewahrungsraum der Särge, von denen sie mehrere aufzubrechen versuchten. Da ihnen dies nicht gelang, schnitten sie mit scharfen Instrumenten aus den Deckeln dreier Särge große Bierdeckel heraus und untersuchten sodann die Leichname auf Gold und Schmuck; die Tatsache, daß die Ausschnitte an den Särgedecken in der ungefähren Höhe der Hände vorgenommen wurden, ließ von vornherein den Schluß zu, daß Leichenfresser am Werke waren. In einem der Särge war geöffneten Särge lag ein 24 Jahre altes Teilet, dessen Arme durch die Leichenhänder ebenso wie die Hände der zwei anderen Toten in den angebrochenen Särgen aus ihrer ursprünglichen Lage gebracht worden waren. Da die Verborenen keinen Schmuck vorfanden, ließen sie die anderen Särge unberührt und schloßen, ohne sich die Mühe zu nehmen, die schwere Steinplatte wieder vollständig zu schließen. Da mehrere Leute an der Leichenöffnung beteiligt gewesen sein müssen, geht daraus hervor, daß die Steinplatte sich von weni-

ger als vier Leuten nicht bewegen läßt. Die Erhebungen wurden eingeleitet.

Fingierter Raubüberfall. Dienstag morgens fanden auf der Landstraße zwischen Grädel und Doubravice bei Pardubitz zwei Arbeiter einen auf der Straße liegenden ohnmächtigen Mann auf, dessen Fahrrad im Straßengraben lag. Der später zu Bewußtsein gekommene Kofahrer gab an, der Fächelmacher Rudolf Ryba aus Zbánie zu sein. Er erklärte, von zwei unbekannten Männern, die beide die gleichen Koglane trugen und ihn nach dem Weg nach Vobbaned fragten, überfallen worden zu sein. Als er ihnen abgewendet war, hätten sie ihn durch einen starken Schlag über den Kopf betäubt und ihm 15.000 K geraubt. Diesen Betrag sollte Ryba nach Pardubitz zur Post bringen. Die ausgefüllten Schecks lagen verstreut umher. Da jedoch bei der ärztlichen Untersuchung auf der Gendarmeriestation verdächtige Umstände feststellbar wurden, wurde Ryba der Gendarmeriestation in Dobruvice übergeben, wo er nach einem etwa drei Stunden andauernden Verhöre eingeliefert, daß er den Ueberfall fingiert hatte. Die Verletzung am Kopfe hat sich Ryba selbst mit einem Revolver zugefügt, der ungeladen bei ihm vorgefunden wurde.

Ermordung einer Siebzehnjährigen. In der Nähe von Landau (Sachsen) wurde ein 17-jähriges Mädchen ermordet aufgefunden. Zwischen dem noch unbekanntem Täter und dem Opfer scheint ein bestiger Kampf stattgefunden zu haben.

Tod durch die Vierlache. An einer Bahnstrecke in der Nähe von Strahburg wurde ein Streckenwärter von einer von Reisenden aus einem Zug geworfenen Vierlache so unglücklich am Kopf getroffen, daß er einen Schädelbruch erlitt und verstarb.

Ein Finanzmagnat ermordet. In der Nähe von New York ermordeten Banditen den New Yorker Finanzmagnaten Waldorf-Belton und schleppten die Leiche dann auf einen Eisenbahndamm, um einen Unfall vorzutäuschen.

Schnellverfahren gegen Autofürer. Wie uns aus Saaz berichtet wird, wurden die Gendarmerie- und Polizeistationen von Saaz und Postelberg von der politischen Bezirksbehörde zum sogenannten Schnellstrafverfahren gegen Autofürer ermächtigt, d. h. von nun an wird jeder Kraftfahrer, der im Bereiche der Gendarmerie- und Polizeistationen von Saaz und Postelberg übermäßig schnell oder mit nicht gedämpftem Auspuff fährt, oder wenn er eine stark blendende Beleuchtung benützt, wenn das Fahrzeugzeichen des Fahrzeuges nicht gut lesbar ist oder wenn der Fahrer das winkende Wachorgan ignoriert, an Ort und Stelle mit einer Geldstrafe belegt, die er sofort bezahlen muß, widrigenfalls ihn das Strafverfahren eingeleitet wird.

Beide Hüfe abgefahren. Auf dem Bahnhof der Hrubčánský Váha in Mähr.-Ostria blieb der 17-jährige Lehramtskandidat Bronislav Kalliz beim Sprung aus dem fahrenden Zug am Treibrett hängen und geriet unter die Räder des Wagens, wobei ihm das linke Bein unterhalb des Knies und der rechte Fuß unterhalb des Knöchels abgetrennt wurden. Der Schwerverletzte wurde ins Krankenhaus gebracht und sogleich operiert.

Wierzehn Tage tot in der Wohnung. In Budapest wurde am Dienstag eine Wohnung geöffnet, aus der man seit zwei Wochen niemanden herauskommen sah. In der Küche fand man die Inhaberin der Wohnung, die Lehrermittwe Frau Bija und ihr neunzehnjähriges Mädchen tot auf. Die ärztliche Untersuchung ergab, daß der Tod der beiden sich unarumt haltenden Opfer bereits vor 14 Tagen eingetreten ist. Die Frau hat sich und ihre Tochter vergiftet. Das Motiv der Tat ist unbekannt.

Warnung vor Sammelbriefen! An die deutsche Bevölkerung werden fortwährend von tschechischer Seite Briefe geschickt, in welchen um Gewährung von Spenden für Wäsen und Wollen und für die Schüllinge in einem Wäsenhause ersucht wird. Abgesehen davon, daß der Inhalt dieser Briefe nicht ganz richtig ist, sind sie in deutscher Sprache abgefaßt und mit „Zentralverband der Kriegsverletzten, Wäsen und Wollen, Prag-Ratlin“ kampffertig. Also eine vollständige Täuschung der deutschen Bevölkerung! Das Schreiben in deutscher Sprache mit deutscher Stempelform und trotzdem von einem tschechischen Verein. Es gibt in der Tschechoslowakei nur eine Zentral-Organisation der deutschen Kriegsschädigten, d. h. der Bund der Kriegsverletzten, Wäsen und Wollen, Sitz Reichenberg, mit seinen 300 Ortsgruppen. In diesem sind alle Kategorien der deutschen Kriegsschädigten (Kriegsblinden, Wäsen, Wäsen usw.) vereinigt. Wer also die deutschen Kriegsschädigten unterstützen will, der kann nur dem Bund der Kriegsverletzten oder dessen Ortsgruppen keine Unterstützung angeboteln lassen und wird natürlich solche Sammelbriefe, wie sie von tschechischer Seite in deutscher Aufmachung verfaßt werden, zurückweisen.

Keinbede Eishöhle. Auf der Reiteralpe (Zalzburg) wurde in der Nähe des Ueberganges zur Traunseinerhütte auf dem Schredenstafel, nur zehn Meter vom Wege entfernt, eine riesenhafte Höhle, ähnlich den berühmten Dachtstein-Höhlen, entdeckt. Die viele hundert Meter lang ist. Fadenförmige Eiskristalle, Naturdome, prachtvolle Eisklaffen mit Eiskristallen reihen sich aneinander und hemeln die Höhle zu einem Rotenwunder allerersten Ranges. Etwa 300 Meter unter dem Eingang ist ein Wildbach, der im Janzen des Berges verschwindet. Das Betreten der Höhlen im gegenwärtigen, noch ungeklärten Zustand ist allerdings lebensgefährlich.

Gefälschte Aktien. Die Berliner Kriminalpolizei ist einer umfangreichen Fälschung von Aktien eines ausländischen Elektrowerkes auf die Spur gekommen. Es sind bereits hundert Personen verhaftet worden. Die Kriminalpolizei durchsuchte Samstag überraschend eine Druckerei in der Kurfürstentrafé und fand Beweise, daß dort die gefälschten Aktien hergestellt worden sind. Den Fä-

lschungen kam man auf folgende Weise auf die Spur: Eine Frau aus Berlin erhielt als Vorlehen bei einem Wäler in Schöneberg 100 Aktien einer ausländischen Elektrowerkegesellschaft. Sie wollte die Papiere bei einer kleinen Bank im Zentrum der Stadt beliehen. Diese ließ bei einer Großbank die Aktien mit einer Quarzlampe prüfen, wobei festgestellt wurde, daß die Aktien gefälscht waren. Es wurde eine Rundfrage bei den Banken veranstaltet, ob Aktien der betreffenden Elektrowerkegesellschaft in ihren Depots lägen. Eine Bank hatte 191 Stück dieser gefälschten Aktien, auf die sie 12.000 Mark angezahlt hatte. Der Drucker hatte eine Papiermenge gekauft, die für mindestens 500 Aktien ausreicht. Diese Anzahl ist wahrscheinlich auch angefertigt worden. Da ausländische Aktien nur in Verbindung mit einer Steuererklärung gehandelt werden dürfen, hatten die Fälscher auch für nachgeahmte Steuerklärungen gesorgt.

Schwere Strafen für Tabaksmuggler. Von dem Schöffengericht in Elberthau (Säch. Erzgebirge) wurden dieser Tage drei tschechoslowakische Staatsbürger, die des Tabaksmuggels überführt worden waren, zu schweren Strafen verurteilt, und zwar der Schmelz Karl Köhner aus Brandau zu einem Monat Gefängnis, 20.000 Mark Geldstrafe, der Wäler Otto Kunz aus Eßm-Grünthal zu drei Wochen Gefängnis, 25.000 Mark Geldstrafe, und der Heizer Reinhold aus Brandau zu einem Monat Gefängnis, 30.000 Mark Geldstrafe. An Stelle der Geldstrafen tritt für den Fall der Uneinbringlichkeit für je 500 Mark ein Tag Gefängnis. Die Geldstrafen, welche jene Landwirte in Sachsen zu zahlen haben, die von den Schmugglern Tabak kaufen, betragen insgesamt eine halbe Million Mark. Mander von ihnen ist auf Grund der Verurteilung gezwungen, sein Vieh zu verkaufen, andere wieder müssen hohe Hypotheken aufnehmen, um der Gefängnisstrafe zu entgehen. Die verurteilten drei Schmuggler hatten insgesamt über 100 Kilogramm Tabak geschmuggelt. Der Einnahmestillstand an Steuern und Zöllen beträgt 192.800 K.

Dulce et decorum . . .

Ein Soldat wird dem Maschinenbattalion in Prag „zugeteilt“, er heißt Milora und erhängt sich, verzeihlich! deshalb, weil er zum Rapport befohlen wurde, als er einem Vorgesetzten nicht die vorgeschriebene Ehrenbezeugung geleistet hat, wodurch nicht nur die demokratisch-republikanische Form dieses Staates, sondern gewiß auch die Landesverteidigung sehr gefährdet erscheinen. Kommandant der betreffenden Wache ist ein russischer Offizier kaiserlich russischer Struktur und Erziehung, der sich bemüht, erprobte Formen menschlichen Umgangs und menschlicher Rücksichtnahme in die freie demokratische Armee einzuführen, mit viel Erfolg, wie man schon daraus erkennt, daß der letzte „Dienstunfall“, wie man im gewissen Jargon schon einen Soldatenselbstmord zu nennen pflegt, nicht der erste unter seiner Anleitung gewesen ist. Zum Unterschied von anderen Fällen, die überhaupt nicht angeklagt werden können oder wo unglückliche Liebe so lange wartet, bis sie just beim frohen Waffendienst die notwendige seelische Depression verursacht, sind die Ursachen dieses neuerlichen „Falles“ klar: es ist die ganz gewiß begründete Angst vor den Folgen des oben bezeichneten welt- und staatserschütternden Ereignisses, bei dessen Abwägung das Herz und das Gewissen jedes echten Verteidigers allerhöchster Güter in Scherben springen muß, die dann den genugsam bekannten patriotischen Vörm geben.

Es ist nicht das erste Mal, daß auf die Inhaftung im Schoß unserer Wehrmacht vor der Öffentlichkeit hingewiesen wird; wegen ganz geringfügiger Diebstähle oder Uebertretungen mußte in den letzten Jahren wieder und wieder so viel Verzeihung die Pfunde mander junger Menschen verdunkeln, daß sie zur Waffe oder dem Strick griffen, ohne daran zu denken, daß der böse Spat schließlich doch seinen geschicklichen Endtermin haben muß. Aber von dem Soldaten, der wegen Mißhandlung durch seinen Vorgesetzten in die eisse Winternot geschickt ist, wo ihm einige Leben abgetrennt sind, bis zu diesem neuen und leider kaum letzten Fall geht eine klare Linie, die ganz eindeutig auf ein System hinweist, dessen Härte Schuld daran tragen muß, daß die Verpöpfung in die Gemüter lebensfähiger Menschen eingiebt, die durch keine Not zu diesem Schritt getrieben werden dürften, weil sie als gebildetes Menschenmaterial schließlich doch jene Portion von Brot, Kleidung und Wärme erhalten, die ihnen eine lebensreiche und darum so läge verteidigte Ordnung der Gesellschaft oftmals nicht gibt; diese Feststellung muß richtig sein, denn noch keiner der vielen Selbstmörder im selbstgekauften Rod entstammt den „beginntlichen“ und von Kirschenweiden Verteidigern des beliebten und so schwer bezahlten heimischen Herbes protegierten Schichten der Kultur des Westes; der Proletarier beim Militär wird die bedauerliche Nummer, die er in Armeen wie der des kaiserlichen Rußland war, die alle Sehnsucht des Militarismus nach Ausrottung der individuellen Rechte und nach Organisation einer Herde von Befehlshabern liebt in unsere Arme durch die vielen gut treuen kaiserlichen Offiziere eingeführt zu werden, die feinerzeit mit W r a n g e l und den Seinen auf der Flucht vor den Roten und den Polen bis zu uns vorgezogen sind. Was ins Jahr 1925 hinein hat man sie hier unterschätzt. Wäler siedelten sie sich in Karpathenrußland an, wo sie im Wundtzer Bezirk eine angegebene großrussische Wänderer bilden und wer noch das Neua in sich fühlte, wie oben gezeigt, erfolgreich Soldaten behandeln zu können, meldete sich in die republikanisch-demokratische Armee. Die sich der neuen Verfassung leider nicht erwehrt hat. Der Traum dieser Gruppe von

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Donnerstag:
Prag: 11: Schallplatten. 18.05: Landwirtschaft. 18.25: Deutsche Sendung: Presse. 19.20: Vieder. — **Brünn:** 12.35: Deutsche Sendung. 17.35: Kinder musizieren. 18.25: Deutsche Sendung: Leo Lederer: Hauptmann von Köpenick. 19.05: Leb' noch unser Dorf? — **Mähr.-Ostria:** 16: Violinlängert. 18.25: Deutsche Sendung: Gombos-Streiner: Praktische Wäse für den Schläfer-Anfänger. — **Preßburg:** 15: Orchesterkonzert. 21: Populäres Orchesterkonzert. — **Berlin:** 16.30: Streichquartette. 19.10: Gorgejänge. 21: Sinfoniekonzert. — **Königsberg:** 19.30: Aus klassischen Operetten. — **Leipzig:** 19.30: Bandonionkonzert. — **München:** 20.30: „Dantons Tod“. Drama von Büchner. — **Wien:** 21.30: Krien und Vieder.

Freitag:
Prag: 11: Schallplatten. 17.05: Konzert. 18.25: Deutsche Sendung: Dr. Jahn: Das neue Gesetz über Augenstrafgerichtsbarkeit. 19.20: „Brautwerbung“, Schauspiel von Schödel. 22.20: Zeitgenössische Musik. — **Brünn:** 15: Orchesterkonzert. 18.25: Deutsche Sendung: Josef Weber: Hum Wälsparatag. 21: Orchesterkonzert. — **Mähr.-Ostria:** 16: Blasmusik. — **Berlin:** 16.30: Vieder verschiedener Wäler. — **Hamburg:** 19.30: Klavierkonzerte von Beethoven. — **Königsberg:** 19: Spanischer Wälderbogen. — **Wien:** 19: Musik im Beruf. 22.20: Tanzmusik.

Militärs geht seit jeher noch kontrollierter Durchführung der eigenen Tätigkeit, nach kontrollierter Ausbildung und Ausdehnung des eigenen Wirkungsbereiches; ist schon die bedauerliche Tatsache, daß sich unsere Soldaten-Republikaner einer monarchistischen Modernität entstammenden Gerichtsbarkeit mit viel inquisitorischen Fügen und den geheimnisumflößenden Militärgefängnissen beugen müssen, dann wird dieses Staatsvolk, das nach seiner Verfassung die Quelle alles Rechtes ist, mit Recht verlangen können, daß die Justiz über seine dienenden Wäben in aller Öffentlichkeit und unter Kontrolle mindestens des Parlaments gehandhabt wird; wenn alles an diesem Militär, von den geheimnisvollsten Befehlshabern über die eminent billigen Waffentiefen und pläzenden Flugzeuge, deren Qualität oftmals nach dem Absturz festgemacht werden sollte, bis zur Behandlung der Mannschaft und oft erwiehener Leutnants unter dem Mantel der Landesverteidigung sakrosankt gesprochen werden sollte, dann wäre es angezeigt, sich um eine der verfassungsmäßigen Struktur des Landes entsprechende Form der Ausbildung des Spiel- und Kampfmittels umzusetzen und vor allem bei jenen Herren Wandel zu schaffen, die sich in vergangene Zeiten erlauben und belibien Gaudiums zurückversetzt wähen. 28. 29.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Prager Produktendörse. (Offizieller Bericht vom 27. Oktober.) An der heutigen Produktendörse zeigte sich in Wälsgetreide der Versuch, die Preise von Weizen und Roggen weiter etwas zu heben. Dieser Versuch ging mit Rücksicht auf die Zurückhaltung der Käufer, welche auf die höheren Preisbedingungen nicht eingehen wollten, fehl. Die amtlichen Notierungen in Weizen als auch Roggen blieben unverändert. In Gerste und Hafer machte sich im Gegenteil etwas fläner Haltung geltend und hatte es den Anschein, daß die Preise in diesen Getreidesorten etwas nachgaben. Das Preisniveau vermochte sich jedoch zu behaupten, so daß auch hier die freizügigen Notierungen unverändert blieben. Von Wäls verteuerte sich La Plata um 2 K und auch sonst zeigte Wäls eine ziemlich feste Grundstimmung. Die Milchpreise erfuhren keine Veränderung. Was die übrigen Märkte anbelangt, erfuhren die Notierungen der Vorwoche nirgends eine Veränderung, nur in Hüllenerträgen besserten sich Wälen und fetter verteuerten sich Eier um durchschnittlich 1 K. Andererseits verbilligte sich eingekauftes amerikanisches Fett. Die Börse war trotz des morgigen Feiertages sehr gut besucht. — Es notierten in K: Rotweizen böhm., 81 bis 83 Rp. 151—156, 79—80 Rp. 145—149, Weizen gelb böhm., 76—79 Rp. 129—144, Ranzitoba 1 160—162, Roggen böhm., 69—72 Rp. 145—148, Auswahlgut 132—134, Gerste Ia 123—129, mittlere 120—122, Winterindustrialgetreide 100—102, Daser böhm., 117 bis 119, feinstes 106—110, Donaumais 61—62, Futtermais La Plata 61—62, Erbsen Bistrola 180—210, gelb 150—165, grün, größtes 190—210, Kleinförn 165—175, Wälen größtes, mähr., 395—445, mittlere 270—320, Kleinförn 230—250, Wälen 160—200, Rohm Man 410—450, Silbergran 460—500, Danber 525—575, Rüssel böhm., 410—435, holländ., 410 bis 420, Weißklee 900—1700, Schmalz 600—800, Rosenklee 325—400, Kartoffeln gelbfleischig 25—27, weißfleischig 19—21, Krautkörpe, weiße, böhm., 20 bis 24, Öen böhm., unpreß, lauer 57—59, süß 64—66, gepreß, lauer 50—61, süß 66—68, Roggenstroh in Wädeln, ungepreß 46—48, Gersten- und Haferstroh, gepreß 45—47, ungepreß 44—46, andere Strohsorten, gepreß 40—42, ungepreß 39—41, Weizenstroh 261—265, Weizenmehl OHH 432—448, O 223—228, R. I 193—198, R. II 155—160, R. III 102—103, Roggenmehl R. O I 222—226, 65% 212 bis 216, R. II 125—130, R. IV 102—103, Gruppen R. I 10—6 195—240, Bruchgruppen 195 bis 200, Hirse 200—205, Birke 200—205, Reis Burma II 170—180, Ranzitoba 245—280, Bruchreis 150—160, kanadisches Wehl 275—280, Weizenkleie 72—74, Roggenkleie 74—76, amerikanisches Fett 990—1000, Eier: frische böhm. und mähr. 44—46, slowakische 39—43, polnische 37—41, frische polnische (1440 Stück) in Dollar 30.50—32.50.

PRAGER ZEITUNG.

Sexuelle Aufklärung und die „Deutsche Presse“.

Das Merkale Blatt über den Vortrag Max Hodanns.

„Man weiß eigentlich nicht recht, was man über den Vortrag kritisch schreiben soll.“ So beginnt der Mitarbeiter der „Deutschen Presse“, der allem Anschein nach in seinem ganzen Leben nichts anderes genossen hat, als die christliche Erziehung — und fährt in ihr dennoch fort. Es gehört zum sonstigen geistigen Rüstzeug der Merkale Publizität, alles das, was man nicht versteht, mit Begriffen, die man ebenfalls nicht versteht, zu verwechseln. Also versucht man es dann doch und auf diese Art und Weise führt Max Hodann von „liberal-materialistischen Gedankengängen über Freud'sche Psychologie zum Kommunismus“.

Hodann stellt Tarlachen fest, die uns allen bekannt waren: Sexuelle Höflichkeit unter den Schülern und Beratern.

Ein Merkaler läme nicht auf seine Rechnung, wenn er einmal die hinreichend bekannte Füglosigkeit nicht feststellen könnte. Max Hodann seinerseits stellt nichts „Dreißigjähriges“ fest. Deshalb will er durch Sanktionieren auch kleinerer Füglosigkeiten helfen. Schon deshalb, weil das Sanktionieren (auch von Füglosigkeiten) ein priesterliches Monopol ist. Doch das „sanctum officium“ mit den Ideen aus dem 16. Jahrhundert eine Vereinigung von Dummköpfen sei, glauben auch wir nicht. Was wir allerdings von jenen halten, die sich nach diesem richten, gehört in ein anderes Kapitel. Der gute Mann glaubt zwar auch nicht an die Möglichkeit der von der Schule vermittelten sexuellen Aufklärung (vor allem geschieht ihm zuviel in dieser Richtung), dafür glaubt er aber und drückt es gesperrt:

„an ein Wirken der Gnade, die unsere größte Hilfe im Kampf um die Reinheit ist, an die Durchführbarkeit eines reinen Menschnums — wir wissen, daß das ferocide im Menschen sehr stark ist, durch die Seele aber reguliert werden kann und muß.“

Wir hingegen sind der Meinung, daß man bei der auch von den besten Christen ausgesprochenen „Stärke des Fleisches“ sich doch nach verlässlicheren Regulationsmitteln umsehen muß, als die Seele eines ist, es sei denn, man läßt's drauf ankommen. Dann oder erwarten einen nicht nur die höllischen, sondern, dank des von den Merkale so eifrig verteidigten § 144 vor allem auch recht irdische Strafen.

Ingenierliche hat der Mann noch Mitteln mit den Zuhörern, sie konnten sich beneidet haben — wobei er übersehen haben dürfte, daß Unplausibel es durchaus nicht nötig haben, sich an Vorträgen zu beteiligen — und schließlich hochachtungsvoll geg. „P. P.“ Progressive Paralyse? H.

Die Sozialisierung der Verluste oder die Prämienfonds banka und der Sanierungsfonds.

Eine neue Art der Sozialisierung ist in verschiedenen Formen aufgefunden und erfreut sich überproportional Beliebtheit gerade in jenen Kreisen, die sonst schon beim Wort „Sozialisierung“ die Gänsehaut überläuft: Es ist die Sozialisierung der Verluste.

Bei der Industrie hat die Sozialisierung der Verluste die Form von Steuernachlässen erhalten, bei Banken die der Unterstellungen aus dem Sanierungsfonds. Beide Arten der Sanierung bedeuten, daß die Kosten verkrachtter Wirtschaftsführung auf die Allgemeinheit umgelegt werden, die Gewinne hingegen den „Legitimen“ Besitzern oder Direktoren zuzuführen.

Die böhmische Industrialbank versucht nun eine dritte Art der Sanierung. Diesmal sollen die Beamten und Kontisten die Mittel dazu bereitstellen. Daß die Industrialbank nur der Vortritt der anderen Banken sein soll (sie will auch, wie in schöner Offenheit Herr Direktor Marian erklärt hat, den Gehaltsabbau bei ihren Konzernunternehmungen durchzuführen), ist evident. Aber warum gerade die Industrialbank? Hat denn gerade diese Bank nichts mehr zu verlieren, daß sie als erste wagemutig ins Feuer geht? Oder hat die Bank geglaubt, ihre Beamtenkraft sei von ihr schon so fette gemacht, daß sie ohne zu merken, alles schluden wird? Wer weiß es, die Wege der Bankherren sind unerforschlich, ebenso wie der Weg mancher Millionen, die in die Taschen einzelner fließen.

Nun, da die Industrialbank bei uns den Reigen der Lohnherabsetzungen, deren Segen in Deutschland besonders trach zutage tritt, eröffnet hat, muß sie sich auch gefallen lassen, daß sie in den Mittelpunkt des Interesses aller Arbeitnehmer rückt. Wir und die ganze Öffentlichkeit haben ein Recht darauf, klar zu sehen. Deshalb verlangen wir eine Kontrolle der Gebarung des Sanierungsfonds, eine Veröffentlichung der Zuwendungen an die einzelnen Institute, insbesondere aber an die böhmische Industrialbank. Wir verlangen die Ueberprüfung der Berechtigung der an den Verwaltungsrat und Direktoren gezahlten Tantiemen in der Zeit der Sanierung und nach derselben, die Veröffentlichung des Anteiles der Direktion und der Funktionäre an der Regie, Detaillierung der Sachverhalte u. ä. Der Fall der Industrialbank beweist am überzeugendsten die Notwendigkeit einer strengen und

öffentlichen Kontrolle der Banken und ihrer Wirtschaft.

In der öffentlichen Protokollveröffentlichung der Bankbeamten vom 16. d. S. wurde von einem Referenten mitgeteilt, daß die Industrialbank am Tage vor der Generalversammlung im Jahre 1928, als die Frist zur Anmeldung der Aktien zur Generalversammlung längst abgelaufen war, eine Legitimation auf den Namen eines Herrn Frolk ausgestellt hat und daß eben dieser Herr Frolk am nächsten Tage in der Generalversammlung ein Loblied auf die Direktion des Institutes sang und für Erhöhung ihrer Tantiemen plädierte und sodann im Vorzimmer des Herrn Oberdirektor gesehen ward. Dieses Vorgehen widerspricht allen Bestimmungen des Aktienregulativs und beinhaltet ein schweres Vergehen der Direktion. Wir erwarten, daß die Direktion der Industrialbank sich zu diesem Vorwurf ehebdaldig äußern wird — denn Schweigen wäre Bestätigung. Der Kampf der Beamtenchaft gegen den Lohnraub wird aber der Kampf aller Arbeitnehmer sein. Dementsprechend hat auch, wie verlautet, Gen. Abg. Taverle sowohl bei der Direktion der Industrialbank als auch beim Finanzminister interveniert. Auch der Klub der tschechischen Nationalsozialisten hat beim Finanzminister vorgeschrien. — Wie immer die Interventionen ausfallen werden, die Generalversammlungen der Bankbeamten sind zum Kampf entschlossen. So leichtfertig der Kampf von der Industrialbank vom Jahr gebrochen wurde, so schwer wird es ihr gelingen, Sieger zu bleiben.

Freiwillige Aktion für deutsche Hochschüler.

Der durch die gegenwärtige Wirtschaftslage verschärfte Notlage zahlreicher deutscher Hochschüler Rechnung tragend, hat der akademische Wirtschaftskörper an den deutschen Hochschulen in Prag, „Berein Deutsche Studentenfürsorge“, bereits jetzt schon eine Beilegungsaktion ausgeschrieben, wobei 500 unbemittelte deutsche Hochschüler beteiligt wurden. Den bedeutenden Aufwand von über 30.000 K für die dringende Hilfsaktion deckt der Verein aus den Erträgen seiner

Boranzzeige!

Die Prager Sozialistische Jugend veranstaltet Montag, den 9. November, im Uran-Urania-Kino (Smetky) einen

Filmabend.

Es läuft die „Generallinie.“
Einleitende Worte: Genosse Dr. Strauß.

seiner werkstudentischen Verlagsabteilung und des Studentennotopfers. — Soweit die Mitteilung der Studentenfürsorge. Wir möchten bei dieser Gelegenheit bemerken, daß die deutschen Hochschulen das ihre dazu tun könnten, die Lage der Studenten zu bessern. Wie wir hören, ist man gerade heuer engherzig in der Bewilligung der Kollegiengeldbefreiung, obwohl bei 5000 an der Universität inskribierten Hörern die Einkünfte ohnehin steigen. Außerdem sollte man an die Reform des bürokratischen Apparates der Hochschulen schreiben, der, wie wir schon einmal geschrieben, den Studenten durch Schwerfälligkeit und Schikanen das Geld aus den Taschen zieht. Endlich wäre zu empfehlen, daß der scheußlichen Trinkgeldwirtschaft gesteuert wird. Wenn das Geld, das die Studenten heute an notwendigen Trinkgeldern für die Unterbeamten und Bedienen ausgeben, der Studentenfürsorge zugute käme, könnte sie jährlich Hunderttausende K einnehmen!

Das Wasseramt der Hauptstadt Prag macht neuerdings darauf aufmerksam, daß der Zufluß von Karaw-Wasser vom 30. Oktober 20 Uhr ab bis zum 3. November vollkommen gesperrt sein wird. Während dieser Zeit wird das Wasserleitungsnetz Groß-Prags mit filterlosem Moldauwasser beliefert werden. Der heutige Tagesverbrauch an Wasser in Groß-Prag beträgt rund 110.000 Kubikmeter. Die Filtration in Pobod wird ungefähr 30.000 Kubikmeter, d. i. ca. 50 Prozent liefern. Die Bevölkerung von Groß-Prag wird nachdrücklich ersucht, sich bereits Donnerstag, den 29. Oktober, mit Wasservorräten zu versorgen und nicht den letzten Augenblick am Freitag abzuwarten. Weilers wird die Bevölkerung aufmerksam gemacht, daß es bei den großen Höhenunterschieden im Bereich Groß-Prags leicht geschehen kann, daß in einigen Objekten die Wasserleitung in den angeführten Tagen Wasser fließen wird. Das Wasseramt ersucht, daß in diesem Falle das angeleitete Wasser nicht in die Abwasserdröhen ausgegossen werde, weil ein solches Rücksparren mit dem Wasser den Zusammenbruch des ganzen Versorgungsnetzes zur Folge hätte. Für Kranfendhäuser und Wohlfahrtsinstitute wird nach Möglichkeit Wasser in Fäßkräffern geliefert werden, von denen das Wasser sofort abgenommen werden muß, weil ihre Zahl nicht groß und die Verpflichtung der Öffentlichkeit gegenüber weitgehend ist. Dieses Wasser aus der Abwasserleitung wird gefahrlos einwandfrei sein. Wenn aber jemand Brunnenwasser benötigen wird, muß es unbedingt abgekocht werden. Ferner wird die Bevölkerung darauf aufmerksam gemacht, die Abwasserdröhen nicht offen zu lassen.

Einen Konfessionsungang für die Weiterbildung veranstaltet am Sonntag, den 8. November d. J. die Arbeitsgemeinschaft der Lebensreform-

Verbände in Prag im Namen der in ihr vereinigten Organisationen. Zusammenreffen um 9 Uhr 30 in Prag II., Löhnowa, beim Technologischen Museum. Von hier aus geht der Zug in geschlossenen Reihen am Neuen Deutschen Theater vorbei zum Museum, über den Wenzelsplatz, durch die Straße des 28. Oktober, Nationalstraße, über den Masaryk-Quai und durch die Korypsengasse auf den Altschiller Ring. Hier findet anschließend eine Volksversammlung statt, auf welcher Neben über das Problem der allgemeinen Abrüstung gehalten werden.

Gerichtssaal

Alarm aus Zelle 4

Vertrogener Ausdruck eines Sträflings.

Prag, 26. Oktober. In der Nacht auf den 29. Juli d. J. wurden die Aufseher des Gerichtsgefängnisses in Madno durch das Rufeignal nach Zelle 4 gerufen. Dort sahen vier Mann in Unterhosenhaft, darunter der am gleichen Tage wegen schweren Einbruchs in einer Prager Krankenkasse eingelieferte Verurteilter Anton Šabl. Der diensthabende Aufseher fand aber nur drei vor; Šabl war verschwunden. Der Ofen war eingerissen und der Häftling Topinka, der auch dem Aufseher herbeigeklingelt hatte, meckerte dem bestürzten Dienstrufen, daß Šabl durch den anderen Mitgefangenen Fuksa und Ladmann ihm dabei geholfen hätten. Im Laufe der weiteren Untersuchung ergab sich tatsächlich, daß der Sträfling durch den Raubgang und eine aufsprengte Kuchentür in das Stiegenhaus und von da ins Freie gelangt sei. Erst später gelang es, ihn wieder dingelst zu machen.

Gegen Ladmann (der 21. Vorstrafen hat) und Topinka erhob die hiesige Staatsanwaltschaft die Anklage wegen Beihilfe nach § 217 St.G.B. Fuksa befindet sich derzeit in einer Strafanzalt. Als Kronzeuge erschien der Häftling Šabl, der inzwischen zu sechs Monaten schwerem Kerker verurteilt worden ist und keine Strafe abbüßt, der aber, wie es unter echten Genossen üblich ist, seinen der Angeklagten „verpiff“, obwohl Topinka sich eigentlich gegen die Solidarität, wie sie die ungeschriebenen Gesetze der „Junst“ vorschreiben, gräßlich vergangen hatte. Šabl erklärte, alles selbst und allein vollbracht zu haben. Er allein habe den Ofen eingerissen, niemand habe ihm irgendwie geholfen. Topinka's Aussagen, daß Ladmann „mitgearbeitet“ und Fuksa mit Dreiecksbüchern geholfen habe, seien Phantasien. „Man“ habe sich nur „theoretisch“ über die Möglichkeit eines Ausbruchs auf diesem Wege unterhalten, wozu die „veraltete Panweise“ der Ofenanlage Anlaß gegeben habe. An der praktischen Ausführung habe sich niemand beteiligt.

Der Senat des O.S.R. Wrazel sprach Topinka frei und verurteilte Ladmann zu drei Wochen Arrest, die durch die Unterhosenhaft verbüßt sind.

Kunst und Wissen

Bar und Zimmermann. Diese Vorhänge-Berle, die allmählich unter gutmütig-kronische Auführungszeichen gerät, ist jetzt fast auf den Tag hundert Jahre alt. Da ist's kein Wunder, wenn selbst enorme Reize verblasen. Ueber Text und Sinn und über einen Jaren, der das Schwert schon als Anabe ach so gerne schwang, um seine Reuten zu beglücken, hat man so allmählich hinweggehen und auf die innig-deutsche Lust mit ihren frischen Chören, vollstimmlichen Liedern, Romanen und Arien, auf das kunstvoll gebaute Sertett, auf den Humor des Tages hindören müssen. Leider war aber nicht alles hell an dem Tag, an dem der „Bar“ diesmal bei uns erschienen; Sandler van Bett legte sich zu Bett und man mußte einen Bürgermeister aus Tepliy holen. Diese Riesenspartie, die noch dazu eine Nordspendrolle ist in letzter Stunde zu übernehmen — das ist weder für den dankenswerten Einspringenden, noch für das Ensemble eine Kleinigkeit. Unsere einzige Hoffnung zu Beginn war, daß diese Vorstellung wenigstens ohne allzu große Pöbellichkeiten „aus werden“ möchte. Nun, eswar Krisenzustände genug vorhanden waren, wurden dennoch alle Klippen ohne Katastrophe umschiff, bis schließlich der Bar auf einem Uchinalfel verschwand, das ihn zwar über die Meere führen soll, das aber bestimmt im Moldau-Kanal nach der ersten Minute unterginge. Schade, denn wir möchten das Jarenlied noch öfters von Herrn Dage so geschmackvoll singen hören. Dagegen dürfte Herr Höfer mager aus Tepliy dort mit der Eisenbahn wieder glücklich angekommen sein; ihm gehörte eine Rettungsmedaille. Ein Urteil über die Gefangenschaft dieses Abends sei allgemein zurückgehalten und darum auch die gelinde Enttäuschung, die uns Fräulein Schönauer mit ihrer Marie bereitete, nur gestreift: sie betriebligte diesmal nur stellenweise, nur in der höheren Lage dramatischer Färbung, vor im ähnlichen Reizes der Stimme diesmal Herr Greverus aus Marquis, Herr Koller ein frühlicher Amanon, Herr Reiter ein Lord in darstellerlich und gesanglich bester Verfassung. Das Sertett wurde (für den erkrankten Herrn Söndberg) durch Herrn Ludwig ersetzt, für den wieder ein Offizier aus der Reserve herangezogen werden mußte. Zuletzt, doch mit Nachdruck, sei der Chor lobend hervorgehoben und die maniere und einflussame Stabführung durch Kapellmeister Rudolf anerkannt.

Morgen, Donnerstag, 1. Philharmonisches Konzert. Dirigent: Georg Štyl. Solist: Ignaz Friedman. Auf dem Programm des Konzertes befindet sich neben Werken von Weber (Oberton-Ouverture), Bizet (Klavierkonzert Es-Dur) und Beethoven (V.

Mitteilungen aus dem Publitum.

Trauerfeier für Thomas A. Edison in Jlin. Am Mittwoch, den 21. Oktober, fanden vor Arbeitsbeginn 25.000 Mitarbeiter der Vata-Berle im Hofe der Fabrikgebäude verlaunelt, um dem verlebenden Erfinder, Thomas A. Edison die letzte Ehre zu erweisen. Inmitten der gewaltigen Menge und füllten Fabrikgebäude befandete Tomas Sala die Tafelarbeit und Berehrung, die er und seine Mitarbeiter für den toten Erfinder empfinden, mit folgenden Worten: „An meine Mitarbeiter! Heute findet in Amerika das Begräbnis von Thomas A. Edison statt. Es ist unsere Pflicht, daß wir, denen er das Leben durch seine Erfindungen so leicht und angenehm gestellte, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Herbert Hoover, folgendes Telegramm senden: „Herr Präsident! Meine 25.000 Mitarbeiter danken der amerikanischen Nation dafür, daß sie es ermdöhter, daß in ihrer Mitte ein so gewaltiger Mann und ein so großer Wohlthäter der Menschheit, wie Thomas A. Edison war, aufwachfen konnte. Es bleibt uns nur noch Gott zu danken, daß er diesem Manne so viel Kraft und ein so langes Leben gönnte. Tomas Sala.“ 1938

Symphonie e-moll, die Uraufführung des Konzertes für Klavier und Orchester von Karl Weigl, das dem Solisten Ignaz Friedman gewidmet: II. Beginn 8 Uhr.

La Argentina. (Tanzabend im Neuen deutschen Theater.) Einen ganzen langen Tanzabend nur mit spanischen Tänzen zu bestreiten und genießbar zu machen, würde es einer starken tanztänzerischen Persönlichkeit von Geist, Gemüt und — Witz bedürfen. Die berühmte spanische Tänzerin La Argentina ist diese ungewöhnliche Persönlichkeit nicht. Sie ist auch nicht das, was man originell nennen könnte; denn ihre tänzerische Erfindung ist arm und beschränkt sich auf wenige Stereotype Gesten und Bewegungen. Ihr dient die Tanzkunst auch nicht im modernen Sinne als Ausdruck, höchstens im beschränkten Sinne des spanischen Nationaltanzes, den sie in vielseitigster Gestalt und Gattung kultiviert. Das Virtuose ihrer Tanzkunst zeigt die Gebundenheit an eine vergangene Epoche; viellecht ist die Argentina der letzte Sproß einer Generation, der die Kunst der Pantomime den Namen gab. Sie wirkt am meisten durch die wechselvolle Pracht ihrer Kostüme, die originell im weiblichen Sinne des Wortes sind, und — durch ihr virtuoses Kollagenpiel, das man in dieser theatralischen Bliesität und dynamischen Ausdruckskraft nur selten hört. Die tänzerischen Darbietungen der Argentina wurden durch eine magere Klavierbegleitung unterstützt, die Louis Galbe, ein auch solistisch als produzierender, technisch tüchtiger Pianist beirrat. Aber über die Musik selbst, zu der die Argentina ihre Tänze erfindet oder nach denen sie ad hoc komponiert wurde, wollen wir lieber schwiegen; sie repräsentierte spanische Salonmusik mit moderner Perfor oder mit alten Japfen. Originell und von besserer Qualität war nur ein „Dance du Feu“ von de Falla. Das Theater war sehr schwach besucht, der Beifall mäßig, die große Pension, die sich die Veranstalter verprochen hatten, blieb aus.

Erstausführung: „Der Mann, den kein Geschick trieb“, ein Schauspiel von Maurice Rostand, das bereits mit stärkstem Erfolg über die meisten deutschen Bühnen gegangen ist, gelangt heute, Mittwoch, 7.30 Uhr, in der Kleinen Bühne zur Aufführung.

Die Gutscheine für die richtigen Preisversteigerungen. Das in der Abonnement-Einladung veröffentlichte Preisrätsel hat sehr großes Interesse erweckt. Die richtige Lösung lautet: „Das Abonnement des Neuen Deutschen Theaters“. Die als Preis für die richtige Lösung ausgelegten Gutscheine für je zwei ermäßigte Karten werden an die Löser, deren Namen und Adressen an der Tageskassa erliegen, von Donnerstag, den 29. Oktober an ausgegeben, und zwar: Am 29. Oktober für die Anlangsbuchstaben K-B, am 30. Oktober G-A, am 31. Oktober L-H und am 1. November S-R. Die Einsender der richtigen Lösung werden ersucht, zuverlässig an den bezeichneten Tagen die Karten zu begeben, da eine nachträgliche Ausgabe nicht erfolgen kann.

Schriften von Karl Kraus bei Franz Schiller Freitag, den 6. November, um 9 Uhr im Kleinen Spinnereisaal, Prag I., Revoluoni Ia. Karten bei Wepler. Der Vortrag dient der von Karl Kraus geäußerten Absicht, sein Theater der Dichtung in ein Ensembletheater zu verwandeln.

Der Kleistpreis. Der diesjährige Preisträgermann der Kleiststiftung, Karl Judmayer, hat den diesjährigen Kleistpreis zu gleichen Hälften an Eudoen von Horraph für seine dramatischen Dichtungen und an Eril Regier für seinen Roman „Die Union der festen Band“ zuerkannt.

Aus der Partei

Jugendbewegung.

Roie Hallen, Prag, Mittwoch (28. d. M.) um 9 Uhr nachmittags im Verein deutscher Arbeiterheimnachmittag.

Vereinsnachrichten

Arbeiter-Turn- und Sportverein Prag.

Boranzige! Am Samstag, den 31. Oktober, findet aus Anlaß des fünfjährigen Bestandes unseres Vereines eine Festaabemie in der T.S.V.-Turnhalle in Zizkov, Kaplicova, statt. Unsere Mitglieder und die Genossinnen und Genossen der Partei werden ersucht, sich diesen Tag frei zu halten!

Bata

Herbstmode

Bata



59.-

Modell 1905-17

Bequem und elegante Pumps mit auswechselbarer Lederspange, passend für jede Dame. Erhältlich in Lack oder Wildleder schwarz und braun.



59.-

Modell 1905-24

Der Schuh für den Ausgang nach dem Sie sich sehnen ist gewiss dieser sehr elegante Halbschuh mit Schnalle.



59.-

Modell 2975-14

Kaffeebraune Modehalbschuhe mit Spange, in Lack auf halbhohem Absatz, Spitze und Ferse mit Perforation und Schlangenhaut-einlage geschmückt.



59.-

Modell 2675-67

Farbige Boxhalbschuhe mit halbhohem Absatz, die Ihnen bequemes Gehen verbürgen. Ebenfalls in schwarzem und braunem Wildleder vorrätig. B-159.

Sport • Spiel • Körperpflege

Fünf Jahre Wafö.

Zwei Länderspiele gegen Ungarn.

Der Verband der Arbeiterfußballvereine in Österreich feierte Samstag und Sonntag in Wien seinen fünfjährigen Bestand u. a. mit zwei Länderspielen gegen eine Auswahlmannschaft der ungarischen Arbeiterfußballer. Außerdem hat der Verband eine besondere Zeitschrift herausgegeben, die eine Beschreibung der Entwicklung des Wafö und seiner Landesgruppen enthält. Die schönsten Erfolge erzielte der Wafö im Jugendsport und mit seiner Länderspielmannschaft. Von insgesamt 37 ausgetragenen Länderspielen gewann Österreich 24, hielt 6 unentschieden und verlor 7 Kämpfe; von den mit der Auswahlmannschaft des k.u.k. Verbandes erzielten drei Siegen und zwei gingen verloren. — Die beiden Länderspiele gegen Ungarn brachten den Österreichern am Samstag einen 1:0 (0:0)-Sieg und am Sonntag eine Niederlage mit 3:2 (0:1). Die „Arb.-Fg.“ schreibt dazu u. a.: Rasch hat beiden Länderspielen gegen Ungarn kann man kaum noch davon sprechen, daß Österreich so unbestritten die Führung im internationalen Arbeiterfußball innehat wie früher. Der erste Kampf wurde mit Mühe gewonnen, Sonntag dagegen mußten sich die Österreicher den Gästen beugen, die knapp, aber durchaus verdient siegen. Der Erfolg der Gäste magt um so schwerer, als sie bis auf einen einzigen Spieler die gleiche Elf wie am Samstag stellten und ihr Gegner vom Sonntag besser war als das österreichische Team, gegen das sie zuerst kämpften. Für die Österreichischen Arbeiterfußballer ist die erlittene

Niederlage vielleicht nicht sehr angenehm, die internationale Spielbewegung mag aus ihr nur Gewinn ziehen.

Wiener Arbeiterfußball. Liga: Nord-Wien geg. Feuerwehr 3:2 (3:0). — Erste Klasse: Technische Union gegen Landstauer Sportfreunde 7:3 (3:1), Simmering gegen Germania Rudolfsheim 1:1 (1:1), Felten gegen Brigittenau 1:0 (0:0), Donaueisb gegen Nov. AC 3:2, Neutral gegen Columbia 3:0 (0:0), Kaiserbrunn gegen Wöhring 4:0 (3:0), Humanitas-Winler gegen Auto 1:0.

Wiener Handball-Weicherschaft. Spiele der Turner: Ottakring gegen Stadlau 5:2 (2:2), Hünthaus gegen Nord-Wien 10:7, Strohenbahn gegen Gaswerk 6:5, Feuerwehr gegen Margareten 8:6, Leopoldstadt gegen Favoriten 7:5, Dölling gegen Legendorfer 4:1. — Spiele der Arbeiterhandballer: Elektra gegen Hefing 13:7, Red Star gegen Darnbia 5:1; Frauen: Uran gegen Elektra 2:0, Union gegen Gleichheit 3:0, Zentralverein gegen Alpenbahn 5:1, Red Star gegen Nov. AC 8:2, Westbahn geg. Fal 3:0, F-Werke geg. Alpen 1:0.

Nachbundesländer Arbeiterfußball. Bezirk Dresden: Heidenau gegen Reusdorf 3:2, Poischappel gegen Radeben 3:0, Postwitz gegen Ramenz 7:1, Coswig gegen Böhren 1:4, Piricht gegen Sörnewitz 3:1, Kleinnaundorf gegen Eintracht 3:1. — Bezirk Chemnitz: Sachsen gegen Vorwärts 2:1, Pfeil gegen Favorit 8:2, Mittelbach gegen Frankenberg 2:3, Dainichen gegen Olschah 1:1. — Bezirk Mittweida: Waldheim gegen BSC, Böhren 4:3, Jahn Münsfeld gegen Concordia Chemnitz 0:1, Eintracht Altmittweida gegen Rapid Chemnitz 6:2, Helvetia Böhren gegen Freia Raffen 2:2. — Bezirk Zwickau: Niederbachau gegen

Meerane 3:1, Gainsdorf gegen Grimmitzschau 3:3. — Bezirk Leipzig: Südost gegen Pögan 2:0, KZR. Grimma gegen Penka 7:3, Bennwitz gegen Südost 1:3, Weitz 03 gegen FA, Wursen 1:3, Braunsdorf gegen Vorwärts-West 3:0, Amateure

gegen Viktoria 6:2, Preußen gegen Eintracht 4:2, Großhöfcher gegen Sportlust 09 3:1. — Bezirk Breslau: Einigkeit gegen Stern 3:2, BfM. gegen Südost 3:2, Weitz gegen Pfeil 9:1, Elfen-Riders gegen BfM. 6:3.

Živnostenská banka

Prag, Na Příkopě 30.

Gegründet 1868.

Aktienkapital Kč 300.000.000.- Reservefonds Kč 391.500.000.-

23 Filialen.

3 Exposituren.

Besorgt sämtliche Bankgeschäfte im In- und Auslande. :: Langfristige Hypothekendarlehen auf Industrie- und Handelsunternehmungen.

Witkowitz Bergbau- und Eisenhütten-gewerkschaft

liefert

Roheisen, Eisengußwaren, Maschinen- und Bauguß, Gußrohre, Stahlguß aus Martin-Elektrostahl oder Manganstahl, Schmiedestücke aus Martin-, Nickel- und Spezialstahl, gerade und gekrümmte Wellen, Kurbelwellen etc., patentgeschweißte und nahtlose Flußstahlrohre, Walzmaterial, Stab- und Fassoneisen, Bandisen, Träger, Fein- und Grobbleche, Schienen aller Art, Benzin- und Oelfässer, gepreßte Blechwaren, Kesselböden, Flammrohre Fox und Morrison, Kesselbleche, Rohre, Böden, Garbeplatten etc.

Komplette Grubenanlagen, Fördermaschinen und Förderhaspel für Dampf- und elektrischen Betrieb, Schwungradvorgelege, Fördergerüste und Förderschalen, Kohlen- und Erzaufbereitungen, Kohlenwäschen, Separationen, Grubenhunte Räderpaare.

Nieder- und Hochdruckkompressoren, Druckluftlokomotiven, pneumatische Werkzeuge, Schlag- und Bohrhammer, Schrämmaschinen und sämtliche Bestandteile aus Ima-Stahl, Grubenventilatoren bis zu den größten Abmessungen, schwere Gasmaschinen.

Heißbohrerapparate aller Art inkl. sämtlicher Bohrwerkzeuge und Hilfsmaschinen, Dampfkessel bis 2000 m² Heizfläche, bis 50 Atm. Betriebsdruck, Löfferkessel für 150 Atm. Betriebsdruck, mechanische Feuerungen und Roste, System Walter-Witkowitz, komplette Kesselhauserrichtungen, Ueberhitzer, Ekonomiser, Reservoir, Rohrleitungen etc.

Eisenkonstruktionen, Dächer, Brücken und Viadukte, Masten etc.
Zentraldirektion und Zentralverkaufsbüro:

Mor. Ostrava 10 (Vitkovice železářny) ČSR
Prager Büro: Prag II., Bredovská 9
Telephon 208-41

Gebrüder Gutmann

Verkauf von Kohle, Koks u. Briketts

aus dem

Ostrau-Karwiner Steinkohlenreviere

Prag II.,

Tel. 45.355 Serie. Náplavní 6 Tel. 45.355 Serie.



Filialen:

Brünn, Rennergasse 10
Telefon 10834

Mähr.-Ostrau, Freiheitsplatz 4
Telefon 4436-4437

Troppau, Töpfergasse 2
Telefon 414

1021